



Nr. 67 – September 2006

### **Editorial**

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe der *pazifik aktuell* liegt ein Schwerpunkt auf den politischen Instabilitäten in Papua-Neuguinea und den Salomonen sowie auf den politischen Prozessen in Indonesien. In Polynesien sind drei Todesfälle von Angehörigen zweier Königshäuser zu beklagen.

Auch wenn hier erneut kaum positive Nachrichten aus dem Pazifik publiziert werden können, wünsche ich Ihnen eine interessante und informative Lektüre.

Katja Göbel, Redakteurin

## **PAPUA-NEUGUINEA**

### **Kabinettsumstrukturierungen kosten Bart Philemon seinen Job**

Anfang Juli gab Papua-Neuguineas Premierminister Sir Michael Somare elf Personalwechsel in seinem Kabinett bekannt. Allen voran wurde der ehemalige Finanzminister und Schatzmeister Bart Philemon (Abgeordneter für Lae) aus dem Kabinett ausgeschlossen. Grund seien Untersuchungen des Public Accounts Komitee. Philemon wird beschuldigt, Gelder nicht entsprechend den Vorgaben des Kabinetts einge-

setzt zu haben. Bereits im Februar hatte er sein Finanzreferat verlassen müssen. Das Image seiner Minister müsse geschützt werden, so Somare, daher müsse er Philemon, der sich zu diesem Zeitpunkt auf einer Dienstreise auf den Salomonen befand, aus dem Kabinett entfernen. Neuer Schatzmeister ist nun Sir Rabbie Namaliu. John Hickey wurde zum Finanzminister ernannt.

Weiterhin musste Sir Moi Avei seinen Posten als Vize-Premierminister räumen, bleibt jedoch weiterhin Minister für Mineralöl und Energie. An seine Stelle als neuer Vize trat der aus dem Hochland stammende Don Polye, der dem Ministerium für Transport und zivile Luftfahrt vorsteht. Sir Michael erhofft sich mit diesem Schritt, bei den nächsten allgemeinen Wahlen 2007 neue und aufstrebende politische Kräfte im Hochland an sich zu binden. Eine weitere sehr überraschende Besetzung erfolgte im Ministerium für Staatsbetriebe, Kommunikation und Information. Der Sohn des Premier, Arthur Somare, der Anfang des Jahres wegen vermuteten Amtsmissbrauchs zurücktreten musste, ist nun wieder für das Ministerium verantwortlich.

Insgesamt wurden neben Philemon vier weitere Minister entlassen: Atimeng Buhupe (Wohnungswesen), Mathew Gubag (Verteidigung), Posi Menai (Strafvollzugsbehörde) und Brian Pulayasi, ein Minister ohne Geschäftsbereich. Die anderen Wechsel wurden wie folgt vor-

genommen: Sinai Brown wurde Minister für den Öffentlichen Dienst und amtierender Minister für Landfragen, Melchior Pep wurde vom Ministerium des Inneren zur Strafvollzugsbehörde versetzt, Martin Aini wird Verteidigungsminister, Mark Mapakai wandert zum Hochschulwesen und Roy Biyama wird Staatsminister und assistiert dem Premierminister. Neuer Minister für Wohnungswesen wurde der Kabinettsneuling Andrew Kumbakor und Sam Abal ist von nun an für das Ministerium des Inneren verantwortlich. Der Premierminister behält sich das Außen- und Einwanderungsministerium selbst vor, solange er keinen anderen dafür bestimmt. Oppositionsführer Peter O'Neill sieht die Kabinettsumbildung als Geringschätzung der Koalitionspartner.

Diese umfangreiche und für viele überraschende Umstrukturierung sei vorgenommen worden, da das neue Kabinett den Ansprüchen des Papua-Neuguinea von heute besser dienen könne, so Somare. Dieser Personalwechsel um das Kernteam seien notwendig, um die hart verdienten Erfolge dieser Legislaturperiode in erhebliche Erträge und Leistungen für die Menschen von Papua-Neuguinea in den abgelegenen ländlichen und urbanen Gemeinschaften umzuwandeln. Weiter sagte Somare, dass seine Regierung Teamspieler brauche, die sich vernetzen könnten und praktische und innovative Ansätze einbringen würden und somit den Verän-



derungen, die Papua-Neuguinea in der Zukunft erfahren werde, gerecht zu werden. Die neue Regierung würde es besser verstehen, wie die junge Wirtschaft zu laufen habe, so Somare weiter.

Philemon reagierte auf seine Entlassung sehr enttäuscht und erklärte dem „Post Courier“ in einem Exklusivinterview, dass ihn der Premierminister seit Amtsantritt 2002 nicht akzeptiert habe. In den letzten vier Jahren sei sein Amt zweimal einem anderen Minister angeboten worden, der das Angebot jedoch ablehnte. Nie hätte Sir Michael Somare ihn in seinen Vorhaben unterstützt, sondern vielmehr versucht, diese zu unterminieren und sich zu Konsultationen lieber mit dem ehemaligen Finanzsekretär Thaddeus Kambanei zusammengesetzt. Dieser habe danach Philemon über die Gespräche informiert. Auch Kambanei wurde nun aus seinem Amt entlassen. Nie hätte der Premierminister seinen gleich nach der Wahl eingeführten Hilfs-Budget-Plan unterstützt. Dieser Finanzplan sollte dazu dienen, die Staatsausgaben zu kontrollieren und die steigende Staatsverschuldung zu reduzieren, die zu diesem Zeitpunkt mehr als 800 Millionen Kina (ca. 209 Mio. €) betrug. Philemon sollte auf Veranlassung des Premierministers hingegen einen Staatshaushalt verabschieden, der das Land weiter immens verschuldet hätte. Der Premierminister habe ihn zudem daran gehindert, ein für die Landbevölkerung erstelltes Hilfsprogramm mit einem Budget von 50 Mio. Kina (ca. 13 Mio. €) weiter auszuführen. Leider habe er seinem Anspruch, die Ökonomie des Landes zu fördern, nicht in der Weise nachkommen können, wie er das gewollt habe, da die Unterstützung von Seiten des Premierministers gefehlt habe. Lediglich Sir Moi Avei, der bei der Kabinettsumbildung seinen Posten als Vizepremier verlor,

Sir Peter Barter, Bergbauminister Sam Akoitai und der wegen Anschuldigungen vor einem Untersuchungsausschuss als Parlamentsabgeordneter suspendierte Dr. Puka Temu hätten ihn unterstützt. Auch habe der Premier insbesondere zusammen mit dem Fischereiministerium (Ben Semri) und dem Forstwirtschaftsministerium (Patrick Pruaitch) nicht mit dem Finanzministerium zusammengearbeitet und notwendige Untersuchungsausschüsse verhindert. Von 2001 bis 2005 habe das Forstwirtschaftsministerium keine Finanzberichte vorgelegt. Die Ausschüsse seien aber dringend notwendig (gewesen), um der Vorlegungspflicht von Finanzberichten nachzukommen und die Verschwendung von öffentlichen Geldern zu unterbinden. Das Gesetz, diese einzusetzen, wurde von Philemon eingeführt, ebenso wie das Gesetz zur Stärkung der Lokalverwaltungen und die Anschaffung eines neuen Computerprogramms, das alle Referate und Provinzen mit dem Finanzministerium und dem Schatzamt verbindet und Zugriff auf bestimmte Dateien gewährt.

Die Nationale Wirtschaftsvereinigung Papua-Neuguineas zeigte sich über Philemons Entlassung enttäuscht, sei doch Philemon in den letzten Jahren für eine Disziplinierung der Regierung in Bezug auf die Staatsausgaben nach Jahren der Misswirtschaft verantwortlich gewesen. Allerdings habe eine moderne Regierung das Recht, Minister zu entlassen. Firmen in East New Britain gaben an, dass in ihren Augen Philemon „der beste Schatzmeister“ gewesen sei, den das Land je gehabt hätte. Mit seiner Entlassung könnte es zu Problemen in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes kommen. Zu ihm hätten Handelskammern und Firmen Vertrauen gehabt.

In seiner Abschiedsrede zeigte Philemon auf, was seine Ministerien seiner Meinung nach in den letzten Jahren erreicht haben. U.a. steigerte sich das Wirtschaftswachstum von Minus 0,1 % (2002) auf plus 3,5 % (2006), die Inflation ging zurück (2002 11,8 %), der Kina erholte sich von einem Rekordtief von 0,26 US-\$ auf 0,32 US-\$, die Zinsrate fiel von 13,3 % auf 6,5 % und die Staatsverschuldung sank. Er sei für gute Regierungsführung und gegen Korruption, die häufig mit dem Wissen des Premierministers geschah, eingetreten. Der im Frühjahr wegen vermuteten Amtsmissbrauchs suspendierte Arthur Somare beschuldigte ihn, nicht mehr für die Bekämpfung der Korruption getan zu haben. Weltweit äußerten Menschen, die mit Papua-Neuguinea in verschiedenster Weise verbunden sind, ihr Bedauern über die Entlassung von Bart Philemon. (*Radio Australia – Pacific Beat* 06.07.06, 22.09.06; *Pacific Magazine* 5.7.06; *National* 6.7.06, 13.7.06; *Post Courier* 6.7.06, 11.7.06, 4 x 13.7.06, 25.07.06)

### **Provinzregierung suspendiert**

Anfang August suspendierte Premierminister Somare die Provinzregierung in der Southern Highlands Province (SHP). Grund war der Missbrauch öffentlicher Gelder und Güter in den letzten fünf Jahren. Oppositionsführer Peter O'Neil merkte an, dass 99 % des Provinzkapitals in den Händen von Stammesführern sei und die Politiker keine Kontrolle mehr über die Staatseigentümer hätten. Viele der staatseigenen Häuser seien illegal bewohnt und die meisten Autos nicht mehr im Besitz der Regierung. Einige Fahrzeuge seien sogar als Brautpreis bis nach Madang gelangt, so der Leiter der von Port Moresby eingesetzten Übergangsregierung Gari Baki. Seit Jahren erhält die an Rohstoffen reiche

Provinz Gelder aus der Hauptstadt, aber eine Verbesserung der Serviceleistungen wie Schulbildung, Gesundheitswesen und Infrastruktur sei nicht geschehen. Das sei nun die wichtigste Aufgabe der eingesetzten Übergangsregierung, so Baki weiter. 800 Polizisten, Soldaten und Amtspersonen wurden in der Provinz stationiert, um die Ordnung wieder herzustellen. Problematisch sei auch, so O'Neil, dass in der SHP mehr Gewehre in der Hand von Privatpersonen seien als Verteidigungskräfte und Polizei zusammen besäßen. Diese würden in erster Linie dafür eingesetzt werden, um regionale politische Führer zu unterstützen. Daher wurde ein Straflass für die Aushändigung von Waffen bekannt gegeben und einige Gruppen haben bereits ihre Waffen an Regierungsbeamte abgegeben.

Die Regierung in Port Moresby beruhigte ausländische Investoren, dass die laufenden Projekte wie beispielsweise das millionenschwere Gas-Pipeline-Projekt zwischen Australien und Papua-Neuguinea, nicht beeinträchtigt würden. Diesen Umstand hatte der abgesetzte Gouverneur der Provinz, Hami Yawari, angekündigt. Die Landbesitzer in seiner Provinz würden den Deal zwischen Australien und Papua-Neuguinea bis zur Wahl und seinem Sieg im nächsten Jahr nicht unterschreiben. (*National* 02.08.06, 04.08.06, 10.08.06, 17.08.06, 07.09.06; *RNZI* 02.08.06; *Post Courier* 02.08.06, 04.08.06; *Radio Australia – Pacific Beat* 03.08.06, 09.08.06)

### **Neue Pläne für Ramu Nickel Mine**

Die Regierung in Port Moresby und die Provinzregierung in Madang bestätigten, dass sie das Ramu Nickel Projekt in der Madang Provinz unterstützen werden. Die meisten Menschen in der Provinz seien für die Durchführung des Projekts,

hieß es. Das seit Jahren vor allem wegen der vorhersehbaren Schäden für Mensch und Umwelt umstrittene Projekt soll nun ins Laufen gebracht werden. Beteiligte an dem 700-Mio.-US-\$-Projekt sind Ramu Nickel Limited (RNL), eine Tochtergesellschaft von Highlands Pacific Limited, China Metallurgical Construction (Group) Corporation (MCC), ein führender chinesischer Staatsbetrieb mit Beteiligung an großen Minenprojekten in Asien und Afrika, Mineral Resources Development Company Limited (MRDC), eine Firma im Besitz der Regierung Papua-Neuguineas und von Mineral Resources Madang (MRM), und eine Landbesitzervereinigung, die von MRDC geleitet wird. Die Mine soll für 20 Jahre in Betrieb genommen werden mit dem Ziel, jährlich 33.000 Tonnen hochwertigen Nickels und etwa 3.000 Tonnen Kobalt zu gewinnen. Die Regierung gab bereits bekannt, dass es drei neue Kraftwerke entlang des Ramu-Flusses geben werde, um die Mine mit der nötigen Energie zu versorgen. Das Ramu 2 Wasserkraftwerk wird alleine 760 Mio. Kina (ca. 198 Mio. €) kosten und in den nächsten zwei bis drei Jahren fertig gestellt sein. MCC teilte mit, dass kein fly-in-fly-out-Konzept durchgesetzt werde sondern eine Satellitenstadt für die chinesischen Arbeiter der Mine errichtet werden soll. Bergbauminister Sam Akoitai prophezeite bereits einen immensen Nutzen für das Land. Die Mine wäre die größte Buntmetall-Rohstoffinvestition eines chinesischen Betriebes außerhalb des Reichs der Mitte. Nach wie vor müssten jedoch noch wichtige Themen wie die Rechte der Landbesitzer, Gewinne und Umweltbelange geklärt werden, so Toby Bare, Vorsitzender der Kurumbakari Landbesitzervereinigung.

In den frühen 60ern wurde das Nickelvorkommen in Kurumba-

kari südlich des Ramu-Flusses entdeckt. Anfang der 90er Jahre gab es bereits Pläne für die Förderung, jedoch war das Projekt wegen der vorhersehbaren Umweltschäden umstritten. Nach den Plänen wäre die Astrolabe Bay nahe Madang mit giftigem Abraum verschmutzt worden. Nach wie vor ist der von der Regierung Papua-Neuguineas gepriesene Nutzen für das Land sehr kritisch zu betrachten, haben doch die Beispiele Ok Tedi und Panguna (Bougainville) gezeigt, dass diese Art von Bergbau nicht nur zu einer Umweltkatastrophe, sondern auch zu massiver politischer Instabilität führen kann. Das Mineral Policy Institute (MPI) in Australien gab eine Umweltstudie heraus, welche die Auswirkungen des Minenbetriebs aufzeigt. Sie kann als pdf unter <http://www.pazifik-infoste-le.org/aktivaeten/bergbau/290904.html> herunter geladen werden. (*National* 16.08.06; *Post Courier* 15.08.06, 2 x 16.08.06, 26.09.06, 28.09.06; *Pressemitteilung von Highlands Pacific Limited* 10.08.06)

### **Papua-Neuguinea feiert seine Unabhängigkeit**

Am 16. September feierte das Land 31 Jahre Unabhängigkeit. Zu diesem Anlass versammelten sich tausende von Menschen auf dem Goroka Sing-Sing, einem Festival des traditionellen Tanzes, dem schon die britische Königin Elisabeth II. mit heller Begeisterung beiwohnte. An dem Fest nahmen rund 40.000 Menschen aus ganz Papua-Neuguinea teil. Die vielen mit Paradiesvogelfedern, Eberzähnen und Muscheln geschmückten und mit bunten Farben bemalten Tänzer beeindruckten die zahlreichen Touristen. Das Goroka Sing-Sing gilt als die größte Versammlung indigener Völker auf der Welt.

Eine 100-köpfige Gruppe aus Indonesiens Provinz Papua un-

ter der Führung von Gouverneur Barnabus Sueba reiste zu den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten nach Port Moresby an. Es war die größte Gruppe, die jemals zu diesem Anlass von Papua nach Papua-Neuguinea reiste. Neben der Teilnahme an den Feierlichkeiten wurden auch Gespräche über eine direkte Flugverbindung zwischen der Provinzhauptstadt Jayapura und Port Moresby geführt. (*National 15.09.06, 20.09.06; Spiegel Online 19.09.06*)

### **Manus versinkt**

Mehrere kleine Inseln der Manus Province sind bereits unter dem Meeresspiegel versunken oder seien kurz davor, so Katastrophenkoordinator der Provinz Web Kanawi. Schuld seien vor allem der Anstieg des Meeresspiegels und das Verhalten der Bewohner. Diese würden mit Hilfe von Dynamit und elektronischen Netzen und Leinen fischen und damit das Riffsystem schwächen sowie ihre Häuser zu nah am Wasser bauen, sodass Wasser in die Löcher für die Hauspfosten fließe und damit den Grund unterspüle. Kanawi sucht nun nach Alternativen und Grundstücken auf dem Festland, um die Menschen umzusiedeln. Man sei 24 Stunden mit den Menschen auf den Inseln im Kontakt, damit im Ernstfall sofort eingegriffen werden könne. (*Post Courier 02.08.06*)

## **BOUGAINVILLE**

### **Mehr finanzielle Unterstützung aus Port Moresby**

Das einflussreichste Verwaltungsgremium Papua-Neuguineas, das Central Agencies Co-ordination Committee (CACC), gab bekannt, dass die Autonome Provinz Bougainville mehr Finanzmittel für das 2006er Hilfs-Budget und das Budget 2007 erhalten wird. Das

Geld würde für den Wiederaufbau von Anlagen und Einrichtungen zur Verfügung stehen, so CACC-Sprecherin Valentine Kambori. Die CACC besuchte Bougainville, um einen „Realitäts-Check“ zu unternehmen und einen Eindruck von der Lage vor Ort zu erhalten, damit konkrete Schritte unternommen werden könnten, die Region gemäß dem Bougainville Peace Agreement wieder aufzubauen und die Grundversorgung aller Teile Bougainvilles zu sichern fährt Kambori fort. So soll beispielsweise die Ringstraße auf der nördlich von Bougainville Island gelegenen Buka Island fertig gestellt werden. Eine intakte Infrastruktur sei vorrangig für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in der Region, so Staatssekretär für Wirtschaftswesen Patrick Koles. Wie in anderen Teilen Papua-Neuguineas, so sei auch in Bougainville die Landwirtschaft grundlegend. Es wird geschätzt, dass allein durch fehlende Straßen, über die die Bauern auch aus abgelegenen Gegenden ihre Güter zu den Märkten transportieren könnten, momentan 20 % der Kakao- und Kopaernte nicht eingebracht werden kann. 2002 sei den Bauern dadurch ein Schaden in Höhe von 8 Mio. Kina (ca. 2 Mio. €) entstanden.

Der Präsident der Autonomen Provinz Bougainville, Joseph Kabui, freute sich zwar über das spendable Angebot der Regierung in Port Moresby, jedoch ermahnte er diese gleichzeitig, das Versprechen auch einzulösen. In der Vergangenheit seien viele Versprechen nicht eingehalten worden. Würden die Finanzmittel nicht wie geplant bereitgestellt werden, dann sähen die Menschen in Bougainville keine andere Möglichkeit, als im Volksentscheid 2015 für die Unabhängigkeit Bougainvilles zu stimmen. (*Post Courier 18.07.06, 02.08.06; RNZI 18.07.06, 19.07.06*)

## **KIRCHLICHE NACHRICHTEN**

### **AUS PAPUA-NEUGUINEA**

#### **Lob für die Kirchen**

„Die Kirchen haben mehr und viel bessere Arbeit für PNG geleistet als es je eine Regierung in der Vergangenheit getan hat“, sagte Don Dolye, der stellvertretende Premierminister des Landes während einer Veranstaltung der Melpa Lutheran Church. Anstatt sich wirklich um das Wohl der Menschen zu bemühen, hätten sich die meisten Politiker in den letzten 20 Jahren vor allem um ihren eigenen Einfluss und materielle Vorteile gekümmert. Dies habe das Land wirtschaftlich in die Knie gezwungen. Vor allem den Kirchen sei es zu verdanken, dass das Land heute im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich nicht noch schlechter dastehe und zumindest eine Grundversorgung für die Menschen gewährleistet werden könne. (*National 04.09.2006*)

#### **Peter Barter fordert mehr Ärzte**

Gesundheitsminister Sir Peter Barter hat den unermüdlichen Einsatz der Kirchen und der überseeischen Ärztinnen und Ärzte hervorgehoben, die in vielen Teilen PNGs eine hoch qualifizierte medizinische Mindestversorgung für die Menschen gewährleisten. Während eines Besuchs der Divine Word University in Madang forderte er, mehr einheimische Ärzte auszubilden. Bisher habe man es nicht geschafft, Ärzte auszubilden, die auch bereit seien, in ländlichen Gebieten zu arbeiten. Die meisten wären nur an gutbezahlten Stellen in den Städten interessiert. (*National 06.07.2006 und Post Courier 07.09.2006*)

## **Soldaten wollen mit Kirchen zusammenarbeiten**

Im südlichen Hochland haben sich die Streitkräfte an die Kirchen gewandt und um enge Zusammenarbeit gebeten. Zahlreiche Soldaten besuchten die Gottesdienste verschiedener Kirchen und riefen die Menschen dazu auf, gemeinsam gegen Korruption und Gewalt anzugehen. „Wenn sie einen Soldaten in der Stadt sehen, brauchen Sie keine Angst zu haben. Gehen Sie einfach auf ihn zu und reden Sie ein bisschen mit ihm. Wir sind nicht Ihre Feinde, sondern wir sind hier, um die normalen Aufgaben der Regierung zu unterstützen, insbesondere im Bereich der Bildung und des Gesundheitswesens“, sagte Oberst Walter Mautu in Mendi. (Post Courier 05.09.2006)

## **Acht Monate wegen Hexerei**

Erstmals hat das Bezirksgericht in Kundiawa einen Mann wegen Hexerei verurteilt. Boi Kamo war für 100 Kina (ca. 25 Euro) angeheuert worden, den Inhaber des Kundiawa Hotels, Joe Mek Teine, wegen Geschäftsstreitigkeiten zu verhexen. Kamo war auf frischer Tat erappt worden, als er am Haupteingang des Hotels einen „Ein-Zentimeter-Stock“ gepflanzt und getrocknete Blätter auf die Zufahrt des Hotels gestreut hatte. Er bekannte sich schuldig und wurde von Richter Martin Loi zu acht Monaten Haft verurteilt. (National 14.09.2006)

## **AUS DER ELC-PNG**

### **120 Jahre lutherische Mission**

Über 5000 Lutheraner trotzten dem Regen und feierten am 12. Juli in Lae unverdrossen das 120. Jubiläum der lutherischen Mission in PNG. Gouverneur Luther Wenge hob hervor, dass

die besten Manager und Führungspersönlichkeiten des Landes Lutheraner seien. Wenge erinnerte auch an die unzähligen früheren Evangelisten, die ihr Leben eingesetzt haben, um das Evangelium über das ganze Land zu verbreiten. Der stellvertretende Bischof Zau Rapa betonte die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Kirchen und den einzelnen Christen. Nur so könne es zu einer guten Weiterentwicklung des Landes und der Lebensbedingungen der Menschen kommen. Der neue Generalsekretär der ELC-PNG, Isaac Teo rief die Gläubigen und auch die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft auf, ihren Beitrag dazu zu leisten, dass die Kirche auch weiterhin ihre wichtigen Aufgaben erfüllen kann. (Post Courier 18.07.2006)

## **Aufbau einer Lutherischen Universität geht weiter**

Ende Juli ist Dr. Numuc Kemung als stellvertretender Vorsitzender des Gründungskomitees der geplanten Lutherischen Universität zurückgetreten. Es war zu massiven Meinungsverschiedenheiten gekommen. Kemung sollte das Martin Luther Seminar und das Balob Teachers College auf die Umwandlung in eine Universität vorbereiten. Anfang August hat er seinen Rücktritt wieder zurückgezogen. Die Lutherische Universität soll im kommenden Jahr eröffnet werden. (National 28.07.2006 und 07.08.2006)

## **Bücher für die Schulbibliothek**

Im Rahmen der nationalen Buchwoche wurden zahlreiche lutherische Schulen der Morobe-Provinz mit neuen Büchern für ihre Bibliotheken ausgestattet. Die Großaktion wurde ermöglicht durch die großzügige Unterstützung von HOPE

Worldwide, einer internationalen Wohltätigkeitsorganisation. (National 15.08.2006)

## **AUS DER ÖKUMENE IN PNG**

### **Aus der Röm.-Kath. Kirche**

### **Erzbischof Michael Meier verabschiedet**

Nach 36 Dienstjahren wurde Michael Meier, der Erzbischof des Westlichen Hochlandes verabschiedet. Der 75-jährige kehrt aus Alters- und Gesundheitsgründen nach Deutschland zurück. In der Laudatio wurde er für seinen unermüdlichen Einsatz für die Menschen und die Weiterentwicklung der Western Highlands Province geehrt. Meier war 1962 als junger Priester nach Mt. Hagen gekommen. 1987 wurde er zum Bischof ernannt. (National 31.08.2006)

### **Douglas Young wird neuer Erzbischof**

Der bisherige stellvertretende Bischof von Mt. Hagen, Douglas Young, wurde von Papst Benedikt XVI. zum neuen Erzbischof der Western Highlands Province ernannt. An der feierlichen Einführung nahmen auch der päpstliche Nuntio, Erzbischof Francisco Montecillo Padilla, Gouverneur Paias Wingti, Bischöfe, Priester und zahlreiche Gläubige teil. Young kam 1978 nach PNG und wirkte in der Enga Provinz. Im Jahr 2000 war er zum stellvertretenden Bischof von Mt. Hagen berufen worden.

### **Baptistische Kirche**

### **Baptistische Konferenz**

Über 700 Mitglieder und Delegierte der Baptistischen Vereinigung kamen Anfang Juli zu einer einwöchigen Konferenz in Port Moresby zusammen.

„Mach Jesus Christus zum Zentrum deiner Familie“ lautete das Motto der Veranstaltung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden dazu aufgerufen und ermutigt, christliche Werte in ihren Familien zu leben und an die nächste Generation weiterzugeben. In einem Grußwort dankte Sozialministerin Carol Kidu den Kirchen für ihren unermüdlichen Einsatz beim Aufbau der Gesellschaft und rief sie dazu auf, angesichts der Herausforderungen von Globalisierung und Urbanisierung standhaft zu bleiben. (National 04.07.2006)

### **Pfarrer stirbt bei Stammeskampf**

Pfarrer Kalip Mai aus dem Westlichen Hochland wurde mit einer Axt erschlagen, als er einen Stammeskampf zwischen seinem eigenen Stamm und einem Nachbarstamm schlichten wollte. Als Kompensation für den Tod des 60-Jährigen soll der Nachbarstamm nun innerhalb von drei Wochen 50.000 Kina in bar (ca. 12.500 Euro), 400 lebende Schweine, vier Kühe und vier Kasuare bezahlen. (National 03.08.2006)

### Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage

#### **Amtsanmaßung**

Zwei Kirchenführer der „Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage“ (Church of Jesus Christ of Latter Day Saints) und zwei Polizisten hatten Mitte August in Port Moresby eine offizielle polizeiliche Razzia vorgeführt und Wettbüros für Pferdedewetten verwüstet. (National 25.08.06)

### Australien

#### **Caritas hilft in Osttimor**

Der Vorsitzende der Caritas in Australien, Erzbischof Adrian Doyle, besuchte Mitte Septem-

ber Osttimor und traf dabei mit Politikern und kirchlichen Führern zusammen. Die Caritas ist dort mit über 40 Mitarbeitern vertreten und engagiert sich sehr in Frieden stiftenden Maßnahmen nach den vergangenen Unruhen. Darüber hinaus stellt sie in zahlreichen Flüchtlingslagern eine Mindestversorgung der Menschen mit Lebensmitteln und anderen Dingen sicher. (Pressemeldung der Caritas Australien vom 15.09.2006)

### West Papua

Rev. Socratez Sofyan Yoman, der Vorsitzende der Vereinigung der Baptistischen Kirchen in West Papua, hat darauf hingewiesen, dass es in diesem Teil Indonesiens immer noch zu drastischen Menschenrechtsverletzungen und völkermordähnlichen Übergriffen gegenüber den Ureinwohnern West Papuas komme. Seit über 45 Jahren habe sich daran nichts geändert, auch wenn die „Internationale Krisengruppe“ (International Crisis Group) in ihrem Bericht von einer Beruhigung der Lage spreche. Yoman behauptet, die Internationale Crisis Group werde vom indonesischen Militär gezielt mit Fehlinformationen versorgt. (RNZI 07.09.2006)

## PAZIFIK ALLGEMEIN

### **Erstes Taiwanesisch-Pazifisches Gipfeltreffen**

**Palau:** Am 4. September fand in Palaus Hauptstadt Koror ein Treffen zwischen Offiziellen aus Taiwan und seinen sechs Partnerländern im Pazifik statt. Die Präsidenten von Kiribati, den Marshall-Inseln, Palau, Nauru und die Premierminister von Tuvalu und den Salomonen fanden sich in Koror ein, um mit dem taiwanesischen Präsidenten Chen Shui-bian zukünftige

Projekte zu besprechen. Taiwan, das sich 1949 von der Volksrepublik China getrennt hatte, von dort jedoch noch als integraler Teil der VR angesehen wird, will mit Hilfe hoher Entwicklungshilfen seine pazifischen Partner an sich binden, so wird von der taiwanesischen Presse spekuliert. Präsident Chen erklärte bei seiner Eröffnungsrede, dass sein Land keine „Dollar-Diplomatie“ vertreten wolle, sondern eine lange Kooperation mit seinen Partnern anstrebe und diese lediglich mit Entwicklungsprogrammen unterstützen wolle. Am Rande des Gipfels trafen sich Chen und die Regierungschefs der pazifischen Staaten jeweils separat. Laut der United Daily News möchte Palau, dass Taiwan für das Land ein luxuriöses Hotel baut, um damit den Tourismus anzukurbeln. Die Marshall-Inseln baten um Hilfe bei der Errichtung eines „digitalen Regierungsprogramms“, Tuvalu fragte Präsident Chen nach der Möglichkeit, Bewohner Tuvalus als Arbeiter in den taiwanesischen Schiffswerften anzustellen und Dialysegeräte zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug unterstützen die Vertreter der sechs pazifischen Länder Taiwan im Bestreben, einen Sitz bei den Vereinten Nationen zu erhalten. (Tahitipresse 04.09.06; Radio Australia – Pacific Beat 30.08.06; PIR 07.09.06)

### **Zunehmender Einfluss Chinas im Pazifik**

Niues Premierminister Young Vivian mahnte, dass der chinesische Einfluss im Pazifik immer stärker zunehme und dass dies auf Kosten anderer regionaler Mächte wie Australien und Neuseeland geschehen könne. Chinas Außenminister unternahm vor einigen Wochen eine Reise durch den Pazifik und besuchte mehrere Staaten. China unterhält mit mehreren Pazifikstaaten diplomatische Beziehungen, wie beispielsweise mit Samoa, Tonga, Fidschi,

Papua-Neuguinea, Vanuatu, den Cook-Inseln und den Föderierten Staaten von Mikronesien. Bei seiner Tour soll der Außenminister die Länder dazu aufgefordert haben, keinen Kontakt mit dem Rivalen Taiwan aufzubauen. Vivian erklärte, dass er Taiwans Anfragen immer höflich zurückgewiesen habe. Man wolle sich nicht zwischen den Fronten Chinas und Taiwans wieder finden. Niue unterhält enge Beziehungen zu Neuseeland und Australien.

China sponsert im Pazifik mehrere Großprojekte. Die Volksrepublik finanziert beispielsweise mit über 400.000 € das Gebäude für die Melanesian Spearhead Group (MSG) in Vanuatus Hauptstadt Port Vila. China errichtete dort bereits das nationale Parlamentsgebäude. Auch andere Verbündete profitieren von der Großzügigkeit Pekings. In Fidschi und Papua-Neuguinea finanzierte China multimillionendollarteure Stadien für die South Pacific Games, als die beiden Länder die Spiele ausrichteten. Ebenso werden gerade in Samoa die Sportstätten für die Spiele im nächsten Jahr mit Geld aus Peking aufgebaut – u.a. der „größte Swimmingpool-Komplex im Südpazifik“, eine Schwimmhalle mit Olympia-Becken. *(Radio Australia – Pacific Beat 04.08.06; Solomon Star 04.08.06)*

### **Europäische Kommission stellt Mittel für erneuerbare Energien bereit**

**Französische Überseeterritorien:** Die Europäische Kommission gab ihren Plan bekannt, 6,5 Mio. US-\$ Über einen Zeitraum von drei Jahren für Projekte mit erneuerbaren Energien bereitzustellen. Von den Geldern sollen Neukaledonien, Französisch-Polynesien sowie Wallis und Futuna profitieren. In Neukaledonien und Französisch-Polynesien werden Wind- oder Solaranlagen

errichtet, auf Futuna werden Pumpen installiert und Wallis erhält eine neue Elektrizitätsanlage. Das Projekt ist dafür gedacht, dass die Länder einen Zugang zu umweltfreundlichen, erneuerbaren Ressourcen erhalten. *(Radio Australia – Pacific Beat 04.09.06)*

### **Mehr Schutz für Schildkröten**

Es war ein historisches Moment, als Anfang September auf Bali (Indonesien) ein Vertrag zwischen Indonesien, Papua-Neuguinea und den Salomonen während des Treffens der „Westpazifik Lederschildkröten Drei-Nationen Partnerschaft für die Bismarck-Salomon-See-Ökoregion (BSSE)“ zum Schutz der Lederschildkröte unterzeichnet wurde. Bisher hatten die drei Länder noch keine Gelegenheit zu einer vergleichbaren Übereinkunft gehabt. Die gemeinsame Absichtserklärung (MoU) zielt darauf ab, die Brut- und Nahrungsplätze der im Westpazifik heimischen Lederschildkröte zu schützen. Die Migrationsrouten der Lederschildkröten erstrecken sich von der Vogelkopfhälfte (indonesische Provinz Papua) über das Admiralitäts- und Bismarckarchipel von Papua-Neuguinea bis hin zu Makira (Salomonen). Die Zahl an brutfähigen weiblichen Tieren wird auf etwa 34.000 geschätzt. Es wird nun überlegt, auch andere Schildkrötenarten in den Aktionsplan mit einzubeziehen. Dieser sieht folgende Punkte vor: Forschung und Beobachtung, Bildungs- und Aufklärungsprogramme für die Bewohner der Inseln, Aufbau der Leistungen, rechtliche und politische Angelegenheiten, Finanzierungsmechanismen, Koordination und Zusammenarbeit. Indonesien agiert als Sekretariat. Nichtregierungsorganisationen wie der WWF (World Wide Fund For Nature) sollen die Regionalre-

gierungen bei der Durchsetzung des Planes unterstützen.

Auch Fidschi bemüht sich im „Pacific Year of the Sea Turtle“ nach wie vor verstärkt darum, die Schildkröten der Region vor der Ausrottung zu bewahren. Vor zwei Jahren verhängte Fidschi ein Moratorium, um die kommerzielle Jagd auf und den Verkauf von Schildkröten zu unterbinden. Vor kurzem entließen der Fischereiminister Fidschis und der Finanzminister einige der aufgezogenen Schildkröten. Ein neues Programm des Fischereiministeriums soll die Migrationsmuster der Schildkröten beobachten. Fidschi scheint eine große Anziehung auf viele Schildkrötenarten zu haben. Ein Mitarbeiter des WWF South Pacific Program erklärte, dass dies in erster Linie an den reichen Seegrasweiden und dem speziellen Korallenriffen Fidschis läge. Tutilau Cala, der Direktor der Fischereiabteilung in Fidschi, sagte einem Radioreporter, dass das Schutzprogramm auf den ganzen Pazifik ausgedehnt werden solle. Ein Großteil des Schildkrötenbestandes sei besonders durch das Long-Line-Fischen (für den Tunfischfang) und den Bedarf einiger Länder für den Verzehr vernichtet worden. *(Radio Australia – Pacific Beat 30.08.06; Solomon Star 06.09.06)*

## **BRENNPUNKT INDONESIEN**

### **Fischer lösen Grenzstreitigkeiten aus**

**Provinz Papua/ Papua-Neuguinea:** Anfang August wurde ein indonesischer Fischer von einem Soldaten der papua-neuguineischen Sicherheitskräfte erschossen. Er befand sich mit anderen Fischern im Gebiet von Vanimo, Sandaun Province (ehemals West

Sepik), etwa 12 km östlich der Grenze in den Hoheitsgewässern Papua-Neuguineas. Nachdem Warnschüsse abgefeuert wurden, traf ein Schuss den Mann aus Java tödlich. Die Sicherheitskräfte gaben an, dass der Tod des Mannes ein Unfall gewesen sei, habe man doch lediglich auf den Motor des Fischerbootes gezielt. Zwei Kollegen des Toten wurden verletzt und ins Krankenhaus gebracht, wobei 9 weitere verhaftet wurden. Diese mussten eine Geldstrafe in Höhe von 200 Kina (ca. 52 €) bezahlen und wurden nach Indonesien zurückgeschickt, ebenso wie die Leiche des Fischers, um ihn nach muslimischem Brauch innerhalb von 24 Stunden bestatten zu können. Der Ausschuss des Nationalen Sicherheitsrats Papua-Neuguineas veranlasste eine unabhängige Untersuchung des Vorfalls. Beschuldigungen aus Port Moresby, die Fischer seien Spione der indonesischen Regierung gewesen, wurden von dieser zurückgewiesen. Diese gab an, die Fischer seien von ihren Kollegen in Papua-Neuguinea eingeladen worden, da eine Kooperation beim Fang und Verkauf der Fische vorangetrieben werden solle, um bessere Preise auf dem Markt erzielen zu können. Dies wurde jedoch von der Regierung in Port Moresby verneint. Die Fischer hätten keine Befugnis zu bestimmen, wer die Grenzen überschreiten darf. Dies sei eine nationale Angelegenheit und von der Regierung zu klären. Hinzu kamen erneute Gerüchte, dass der tote Fischer in Wirklichkeit ein Mitglied der Sondereinheit Koppassus des indonesischen Militärs gewesen sein und ein militärisches Begräbnis auf einem bewachten Militärfriedhof erhalten haben soll.

Zwar gab es nach dem Vorfall kein Grenzfeuer zwischen Soldaten beider Länder, aber die diplomatische Situation kann als angespannt angesehen

werden. Der Vizepremier Papua-Neuguineas, Don Polye, bekräftigte jedoch die guten diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern und meinte, dass nun der Bericht der Untersuchungskommission abgewartet werden müsse. Es wird nun auch über eine gemeinsame Grenzpatrouille nachgedacht, um weitere Grenzüberschreitungen und Konflikte zwischen den Ländern zu vermeiden. Schließlich sei Hochsaison für die Fischer und viele von ihnen würden es gar nicht merken, dass sie bereits indonesische Gewässer verlassen hätten, so Pratito Soeharyo von der indonesischen Botschaft in Port Moresby. Seit April wurden von der Regierung Papua-Neuguineas 42 Fischer festgenommen, die illegal in den Gewässern Papua-Neuguineas fischten. Die letzten wurden am 21. September im Dogleg-Gebiet (Western Province) aufgegriffen. Ihre 12 Kollegen, die eine Woche zuvor in die Hände der Grenzpatrouille fielen, müssen nun pro Person 3.500 Kina (ca. 915 €) Strafe zahlen, ansonsten stehen ihnen sechs Monate Gefängnis bevor. Noch höhere Strafen werden erwogen, um endlich dem Problem Herr zu werden. (*National* 09.08.06, 16.08.06, 17.09.06, 26.09.06, 27.09.06; *Post Courier* 10.08.06, 05.09.06, 22.09.06, 26.09.06; *Radio Australia – Pacific Beat* 10.08.06, 22.08.06)

### **Harte Strafen und Gewalt gegen Gefangene**

**Provinz Papua:** Im Mai begannen in Jayapura die Gerichtsverhandlungen, in denen sich mehrere Demonstranten für ihr Verhalten bei der im März in Abepura eskalierten Protestaktion gegen das Bergbauunternehmen Freeport rechtfertigen müssen. Bei der Demonstration kamen fünf Mitglieder der indonesischen Sicherheitskräfte und zwei Demonstranten ums Leben. Nachdem öffentlich bekannt wurde, dass die Verhand-

lungen chaotisch abliefen und die Angeklagten dabei kaum eine Chance zur Verteidigung hatten, kam es in Deutschland zu Protestbriefaktionen, zu der Kirchengemeinden im Ennepe-Ruhr-Kreis sowie die Vereinte Evangelische Mission (VEM) und das West Papua Netzwerk aufriefen. In den Briefen wurden die Richter neben der Durchführung eines fairen Prozesses auch dazu aufgefordert, für bessere Haftbedingungen und ein Ende der Folter Sorge zu tragen. Eine örtliche Menschenrechtsorganisation beklagte im Vorfeld die Foltermethoden von Polizeikräften während der Untersuchungshaft. Diese Briefaktion war ein großer Erfolg und brachte den Beteiligten u.a. die Gratulation des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland ein. In einem Schreiben heißt es: „Die Bundesregierung wird gemeinsam mit ihren EU-Partnern die Menschenrechtslage vor Ort weiter beobachten und den Menschenrechtsdialog mit der indonesischen Regierung fortsetzen.“ Bleibt zu hoffen, dass diese Maßnahmen erfolgreich sein werden. Die Briefaktion zog eine Verbesserung der Bedingungen im Gerichtssaal nach sich. Auf Initiative des Menschenrechtlers und Anwaltes Johnson Panjaitan von der Rechtshilfevereinigung PBHI in Jakarta wurde in der Zwischenzeit auch die Überführung der letzten Gefangenen aus dem Polizeigewahrsam in die Justizvollzugsanstalt in Abepura bewirkt. Sie sollten damit vor der Willkür der indonesischen Sicherheitskräfte bewahrt werden.

Trotz der verbesserten Verhandlungsbedingungen wurden am 12. Juli unverhältnismäßig harte Gerichtsurteile gefällt. Über die Angeklagten wurden Haftstrafen zwischen vier und zwölf Jahren verhängt. Das Gericht konnte ihnen nur die Teilnahme an der Demonstration nachweisen, nicht aber an der

Tötung der Sicherheitskräfte. Ansonsten wäre die Strafe weit- aus höher ausgefallen. Erfreulich ist der Freispruch von zehn Papua-Studenten, die im März in Jakarta gegen Freeport und die vom Unternehmen verursachten Schäden an Mensch und Umwelt demonstriert hatten. Das Urteil wurde vom Landgericht Süd-Jakarta gesprochen. Auch hier engagierte sich die Rechtshilfevereinigung PBHI für die Gefangenen.

Am 28. August verschärfte sich die Lage für die Inhaftierten in Abepura wieder. Eine Gruppe von Polizisten drang gewaltsam auf inhaftierte Papuas ein. Die Männer waren als Zeugen in oben genanntem Prozess gerade von Jayapura zurück ins Gefängnis im nahe gelegenen Abepura gekommen, als 12 Beamte der lokalen Polizei mit Schlagstöcken und Tritten auf die wehrlosen Gefangenen einwirkten. Ein Inhaftierter wurde dabei schwer verletzt und ins Krankenhaus sowie kurze Zeit später wieder zurück ins Gefängnis gebracht. Die Gewalt wurde vermutlich dadurch ausgelöst, dass die Polizisten über Äußerungen im Gerichtssaal verärgert waren, die ihren Kommandanten in Zusammenhang mit den Folterungen in der Untersuchungshaft brachten. Bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Protestantischen Kirche (GKI-TP) und anderer Kirchenabgeordneten sowie der Anwältin des zusammengeschlagenen Papua entschuldigte sich der Vizepolizeipräsident von Papua für das Verhalten seiner Beamten und versprach eine Untersuchung des Vorfalls. Die Gefangenen, die in die Gerichtsverhandlung zu den Demonstrationen verwickelt sind, lehnten eine weitere Zusammenarbeit mit der Polizei und Staatsanwaltschaft ab. Ohne eine schriftliche Bestätigung des Polizeipräsidenten, in der ihnen ihre Sicherheit garantiert wird, würden sie nicht weiter kooperieren. Weitere Ver-

handlungen sind daraufhin ver- tagt worden. (*West Papua Rundbrief Nr. 39; Informationsbriefe des West Pa- pua Netzwerks Nr. 178, 180, 181*)

### **Ein Jahr nach dem Friedensabkommen mit Jakarta**

**Aceh:** Ein Jahr nach dem Frie- densabkommen zwischen In- donesien und der separatisti- schen Befreiungsbewegung „Freies Aceh“ (*Gerakan Aceh Merdeka = GAM*) versammel- ten sich tausende von Acehne- sen in der Provinzhauptstadt Banda Aceh. Auf der einen Sei- te gab es Stimmen, die den Friedensprozess in Aceh lob- ten, auf der anderen Seite gab es aber auch viel Kritik an dem neuen Gesetz für die indonesi- sche Provinz, das Mitte Juli in Jakarta verabschiedet wurde. Einige Punkte aus dem in Aceh erarbeiteten Gesetzesentwurf, basierend auf dem am 15.08.05 unterzeichneten Frie- densabkommen von Helsinki, seien nicht oder nur unzureichend be- rücksichtigt worden, so Stim- men aus der Zivilgesellschaft. Die GAM hatte sich dazu bereit erklärt, ihr Streben nach Unab- hängigkeit von Indonesien fal- len zu lassen um im Gegenzug die Genehmigung Indonesiens zu erhalten, als regionale Partei aufzutreten. Um ihren Willen zum Frieden zu zeigen, händig- te die GAM ihre Waffen – oder zumindest einen Großteil – an internationale Beobachter aus und löste sich als Organisation auf. Indonesien verpflichtete sich dazu, militärische Einhei- ten aus Aceh abzuziehen und die verbleibenden Kontingente nicht dazu zu verwenden, inne- re Angelegenheiten zu klären. Damit war der Weg zu mehr Selbstbestimmung und Demo- kratie in Aceh geebnet. Doch das neue Gesetz lässt das Mili- tär zum inneren Einsatz zu. So wurden beispielsweise mehrere neue Stützpunkte des indone- sischen Militärs gerade in den Gebieten Acehs errichtet, die

seit jeher als Basen der GAM gelten. Diese liegen nicht an Orten, die strategisch gut für die Verteidigung der Provinz gegen äußere Akteure ange- siedelt sind, sondern in erster Linie gegen Unruheherde im Innern des Landes. Zwischen dem 15. August 2005 und dem 15. August 2006 war das indo- nesische Militär 18 Mal an ge- walttätigen Aktionen beteiligt und die indonesische Polizei 13 Mal. Somit ist die Rolle des in- donesischen Militärs in der Re- gion nach wie vor ungeklärt. Zudem verweigerte die indone- sische Regierung die im Frie- densabkommen von Helsinki vorgesehene Errichtung eines Menschenrechtsgerichtshofes in Aceh. Gerade das, so Esther Hoffmann von amnesty interna- tional Deutschland, sei aber in der Vergangenheit einer der Faktoren gewesen, die den Konflikt verlängert hätten. Die juristische Verfolgung der Täter – etwa 15.000 Opfer sind in dem jahrelangen Unabhängig- keitskampf zu beklagen – dürfe nicht weiter verhindert werden. Mehrere Menschenrechtsorga- nisationen fordern die indonesi- sche Regierung daher dazu auf, 1. die Autorität Acehs zu erweitern und die Kontrolle der Zentralregierung zu reduzieren, 2. die Vertretung von Frauen als Voraussetzung in den so- zialen und politischen Berei- chen zu beachten und 3. die in der Vergangenheit stattgefun- denen Menschenrechtsverlet- zungen aufzuklären. Die Vertre- ter bedauern die unzureichende Aufmerksamkeit der indonesi- schen Regierung bezüglich der Opfer der Menschenrechtsver- letzungen, ebenso wie die un- zureichende Arbeitsleistung der zuständigen Behörde für Re- integration der ehemaligen Gue- rillakämpfer und Konfliktopfer und die schleppende Arbeit der Behörde für Rehabilitation und Rekonstruktion in Aceh nach dem Tsunami. Hinzu kommen Unzulänglichkeiten im Vertei- lungsplan der Öl- und Gasvor- kommen zwischen Jakarta und

Aceh und das Management natürlicher Ressourcen in der rohstoffreichen Provinz.

Auf der Versammlung am 15. August wurde auch eine Petition eingereicht, die von 16 Repräsentanten der Distrikte unterschrieben wurde. Die AMM (Aceh Monitoring Mission - Friedensmission in Aceh), CMI (Crisis Management Initiative – Vermittler im Friedensprozess aus Finnland) und die Europäische Union wurden darin dazu aufgerufen, an der Realisierung des Friedensprozesses beständiger mitzuwirken. Es wurde auch die Freilassung der politischen Gefangenen aus Aceh, die noch in indonesischen Gefängnissen sitzen, gefordert. An der Veranstaltung nahm auch der ehemalige finnische Präsident Martti Ahtisaari teil, der ein Jahr zuvor das Zustandekommen des Friedensvertrags ermöglicht hatte, und drückte seine Freude darüber aus, dass die Acehnesen nun anfangen, optimistisch in die Zukunft zu sehen, auch wenn noch einige „kleine Details“ diskutiert werden müssten. Der ehemalige GAM-Führer Malik Mahmood erklärte, dass der Erfolg des Friedensvertrages erheblich von der lokalen Bevölkerung abhängt. Aber zusammen mit der AMM und der indonesischen Regierung werde es zu einem Erfolg kommen. Die AMM wird ihren Aufenthalt bis zu den Wahlen am 11. Dezember ausdehnen, allerdings stark reduziert auf 35 Beobachter. (Newsletter „Botschaften aus Aceh“ Nr. 2/Jun 06, Nr. 3/Aug 06, Nr. 4/Sep 06; BBC News 10.07.06, 15.08.06; Südostasien Aktuell Nr. 3/06; The Jakarta Post 16.08.06)

### **16 Organisationen per Dekret verboten**

**Aceh:** Am 21. Juni erließ der indonesische Gouverneur in Aceh das Dekret Nr. 235/13246. Damit werden 16 politische, zivilgesellschaftliche und islamische Organisationen

und Milizen verboten. Das Dekret rief Proteste der Organisationen hervor, darunter auch von WALHI (Wahana Lingkungan Hidup Indonesia – Friends of the Earth Indonesia) Aceh, dem größten indonesischen Forum für die Umwelt. WAHLI Aceh wurde 1993 ins Leben gerufen und stellt zur Zeit ein Netzwerk mit 34 Nichtregierungsorganisationen. WAHLI forderte die Rücknahme des Verbots und ließ dem Gouverneur durch einen Anwalt eine Notariatsakte vorlegen, der daraufhin sagte, dass er sich auch nicht erklären könne, wie WAHLI auf die Liste der zu verbotenden Organisationen gelangte. Anderen Regierungsmitgliedern zufolge sei die Liste noch gar nicht offiziell, nicht öffentlich und auch nicht endgültig. Die Liste muss nach Bearbeitung von der AMM (Aceh Monitoring Mission) abgesegnet werden. Zunächst wurde WAHLI Aceh als legal eingestuft. (Newsletter „Botschaften aus Aceh“ Nr. 3/Aug 06; Mitteilung von Watch Indonesia!)

## **TIMOR-LESTE**

### **Ramos Horta wird neuer Premierminister**

Am 26. Juni trat Mari Alkatiris auf Druck der Regierung und des Großteils der Bevölkerung Timor-Lestes (Osttimor) zurück. Er wurde für die im Mai ausgebrochenen Unruhen im Land verantwortlich gemacht, da er im Vorfeld fast die Hälfte der Armee Osttimors entlassen hatte. Seitdem befinden sich internationale Friedenstruppen geführt von Australien im Land. Seine Rede anlässlich seiner Abdankung führte in Osttimors Hauptstadt Dili erneut zu Unruhen, als Sympathisanten Häuser in Brand setzten. Seit dem Ausbruch der Unruhen starben mindestens 21 Menschen und immer noch sind Zehntausende auf der Flucht. Internationale

Friedenstruppen begleiteten einen Zug von Demonstranten in die Hauptstadt, nachdem sie diese nach Waffen untersucht hatten.

Als neuer Premierminister wurde am 9. Juli der Friedensnobelpreisträger und bis zu diesem Zeitpunkt noch Außenminister des Landes, Dr. José Ramos Horta, vereidigt. Neuer Außenminister wurde Osttimors UN-Botschafter Jose Luis Guterres, während Ramos Horta den Posten des Verteidigungsministers behält. Jose Teixeira wurde zum neuen Minister für Bodenschätze ernannt. Er ist für die Verwaltung der großen Gasreserven des Landes verantwortlich. Von dem Machtwechsel erhoffen sich nun Präsident Xanana Gusmão und die Menschen Osttimors eine Entspannung der Lage. (Radio Australia – Asia Pacific 11.07.06; BBC News 29.06.06, 14.07.06)

### **UN-Truppen für Osttimor**

Seit dem Ausbruch der Unruhen verweilten teilweise bis zu 3.000 internationale Soldaten aus Australien, Neuseeland, Malaysia und Portugal in Osttimor, um die Lage unter Kontrolle zu bekommen. Bei einem Besuch des australischen Premierministers John Howard in der Hauptstadt Dili ermahnte dieser aber die Regierung, dass die von Australien geführten Truppen nicht unbegrenzt in Osttimor bleiben könnten und sich die Osttimoresen selbst um die Lösung ihrer inneren Angelegenheiten kümmern müssten. Canberra plant einen kontinuierlichen Abzug der australischen Kräfte vor Ort und begann Mitte Juli, 250 Soldaten und vier der acht australischen Black-Hawk-Helikopter abzuziehen. Mehr als 2.000 australische Militärs und Polizisten werden jedoch in Dili verbleiben. Es wird erwartet, dass sie bis zur Wahl im nächsten Jahr im Land sein werden. Auch

Neuseeland hat mit der Reduzierung seiner Truppen begonnen, während Malaysia bereits alle aus Osttimor abgezogen hat.

Einige Tage später richtete die Regierung in Dili eine Bitte an die Vereinten Nationen, für die nächsten fünf Jahre eine 800 Mann starke internationale Polizeitruppe für Osttimor bereitzustellen. Am 25. August beschloss der UN-Sicherheitsrat eine Verlängerung des Mandates in Osttimor und die Entsendung einer 1.500 Mann starken Polizeitruppe. Diese Polizisten sollen u.a. die geplante Reform von Polizei und Militär unterstützen und zukünftige Unruhen verhindern.

Wie wichtig eine Verlängerung des Mandats ist, zeigt der Ausbruch von mindestens 57 Gefangenen Ende August aus dem Gefängnis in Dili, darunter der erst am 25. Juli verhaftete Rebellenführer Maj Alfredo Reinado. Er soll für den Ausbruch der Unruhen im April und Mai mitverantwortlich sein. Australien verwies auf die Polizei Osttimors als Schuldigen, wohingegen Premier Ramos Horta die australische Armee für das Versagen der Sicherheitskräfte verantwortlich machte, hätte Australien es doch versäumt, die Sicherheit in den Gefängnissen zu verbessern, obwohl Offizielle mehrmals darum gebeten worden seien. (BBC News 18.07.06, 19.07.06, 31.08.06, 01.09.06; Radio Australia – Asia Pacific 28.07.06, 17.08.06; Südostasien Nr. 3/2006)

### **Tausende Menschen noch immer auf der Flucht**

Trotz der verbesserten Sicherheitslage im Land weigern sich noch immer zehntausende Flüchtlinge, nach Dili zurückzukehren und ziehen es vor, in Camps außerhalb der Stadt zu wohnen. Im Zuge der Unruhen im April und Mai flohen etwa

100.000 Menschen aus der Hauptstadt (120.000 Einwohner insgesamt). Unzählige flüchteten in Kirchen. Allein auf dem Gelände des Salesianer-Klosters „Don Bosco“ am Rand von Dili leben 13.000 Flüchtlinge. Es wird befürchtet, dass die Menschen noch mehrere Monate oder vielleicht sogar ein ganzes Jahr bleiben werden. Noch immer seien zu viele Zivilisten mit Waffen unterwegs, so ein Flüchtling. Premierminister Ramos Horta kündigte eine enge Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche des Landes an, was von Dilis Bischof Alberto Ricardo da Silva begrüßt wurde. 95 % der Bevölkerung Osttimors sind Katholiken. Ein Umsiedlungsplan für die Flüchtlinge wurde erstellt, um der verängstigten Bevölkerung deutlich zu machen, dass eine Rückkehr in ihre Häuser sicher sei. (Radio Australia – Asia Pacific 11.07.06, 21.07.06; Kontinente Nr. 5/2006)

## **BERICHTE AUS DEN INSELSTAATEN**

### **MELANESIEN**

#### **Erneuerung des RAMSI Mandats löst Kontroversen aus**

**Salomonen:** Die Entscheidung des salomonischen Premierministers Manasseh Sogavare, den Einsatz der seit 2003 im Land operierenden Regional Assistance Mission to the Solomon Islands (RAMSI) um ein weiteres Jahr zu verlängern, löste insbesondere bei der Opposition Missstimmung aus. Im Juli 2003 wurde die Einladung von RAMSI, die Lösung der ethnischen Konflikte auf den Salomonen zu unterstützen, vom salomonischen Parlament beschlossen, so Oppositionsführer Fred Fono. Absatz 23 des Facilitation Act, unter dem

der RAMSI-Einsatz läuft, erlaubt dem Parlament die Mitsprache bei der Entscheidung einer jährlichen Verlängerung. Mitte Juli unterschrieb Sogavare jedoch eigenmächtig die Verlängerung, was die Opposition als inakzeptabel ansieht. Sogavare konterte, dass die Regierung dafür verantwortlich sei, dass RAMSI die Arbeit im Land fortsetze. Ende September wurden von Australien bereits neue Truppen entsandt, um stationierte Soldaten abzulösen. An RAMSI sind neben Truppen aus Australien, die die Mission leiten, auch Kontingente aus Neuseeland, Fidschi, Papua-Neuguinea und Tonga beteiligt.

Die Verlängerung des Einsatzes wurde von der Hilfsorganisation Oxfam kritisiert. Barry Coates, Direktor von Oxfam New Zealand, erklärte, dass RAMSI eine starke zentrale Gesellschaft in Melanesien kreieren wolle, doch diese das Vorgehen nicht universell akzeptiere. Zu viel Geld und Ressourcen würden für den Wiederaufbau der Regierungsinstitutionen verbraucht werden, wobei die Leute, die nur eine halbe Stunde von der Hauptstadt Honiara entfernt leben, ohne fließend Wasser, Elektrizität und Gesundheitsversorgung auskommen müssten. Viele junge Leute würden ohne Zukunftsperspektive dastehen und sich mit selbstgebrautem Alkohol und Drogen ablenken. Auch eine deutliche Zunahme der Prostitution sei zu verzeichnen, ebenso wie ein Anstieg von HIV/AIDS-Infektionen und Geschlechtskrankheiten. Auf der anderen Seite würden in Honiara die Mieten überdurchschnittlich steigen, ebenso wie die gesamten Lebenshaltungskosten. Die ökonomischen Unterschiede seien ein gefährliches Potential, sodass es leicht erneut zu Ausschreitungen wie im April kommen könnte, als Chinatown verwüstet wurde. Zudem würden die Insulaner selbst zu

wenig in RAMSI eingebunden. Laute RAMSI werde aber hart daran gearbeitet, die Zahl offizieller Entscheidungsträger von den pazifischen Inseln bei RAMSI zu erhöhen. (*Radio Australia – Pacific Beat* 19.07.06, 27.07.06, 01.08.06; *Post Courier* 20.07.06, 21.07.06, *RNZI* 21.07.06, *Solomon Star* 24.09.06)

### **Innen- und außenpolitische Verwicklungen auf den Salomonen**

**Salomonen:** Anfang August wurde vom Premierminister der Salomonen, Manasseh Sogavare, ein Untersuchungsausschuss unter der Führung des australischen Richters Marcus Einfeld einberufen, der sich mit der Aufklärung der Hintergründe der Unruhen im April beschäftigen sollte. Die Unruhen waren nach der Wahl von Snyder Rini zum Premierminister ausgebrochen. Die Demonstranten verwüsteten dabei Honiaras „Chinatown“ und chinesische Geschäfte in mehreren Stadtvierteln. Premierminister Sogavare zeigte sich unzufrieden mit dem Voranschreiten des Prozesses und erklärte ihn zur „juristischen Farce“. Der Prozess erlänge dem Diktat fremder Einflüsse und sei daher nicht länger unabhängig. Der Fall sei ein Beispiel von geheimen Absprachen (Kollusion) und ein Versuch, die Rechtsfindung zu behindern, so Sogavare weiter. Zu ernsthaften diplomatischen Spannungen zwischen Honiara und Canberra kam es, als Premierminister Sogavare den Australischen High Commissioner Patrick Cole als „persona non grata“ deklariert und ihn des Landes verwiesen hatte, da sich dieser zu sehr in interne Angelegenheiten eingemischt habe und versucht haben soll, Politiker zu manipulieren und die Arbeit des Untersuchungsausschusses zu verhindern. Der australische Premierminister John Howard erklärte daraufhin, dass Cole das Richtige getan und die Inte-

ressen Australiens repräsentiert habe und zog im Gegenzug alle Visa für salomonische Politiker in Australien zurück, sodass diese nun zivile Visa beantragen müssen. Wenige Tage nach der Ausweisung von Cole wurde Richter Marcus Einfeld durch die salomonische Regierung seines Amtes enthoben. Er hatte sich zuvor geweigert, den Posten zu räumen, obwohl in Australien ein Verfahren wegen Falschaussage gegen ihn läuft.

Im Streit um den Untersuchungsausschuss stehen sich die Standpunkte der Regierungen Australiens und der Salomonen gegenüber. In einem geheimen Dokument des salomonischen Kabinetts sei über die Befürchtung Australiens zu lesen, dass Premierminister Sogavare darauf spekuliere, die beiden wegen mutmaßlicher Anstiftung der April-Unruhen inhaftierten Kabinettsmitglieder Nelson Ne'e, der bereits für schuldig befunden wurde, und Charles Dausabea vor der gerichtlichen Verfolgung zu bewahren. Sogavare hingegen ist der Meinung, dass sich australische Diplomaten zu stark in nationale Angelegenheiten einmischten. Zudem sei ungeklärt, inwieweit Mitglieder von RAMSI an der Eskalation der April-Unruhen beteiligt waren. Sie wendeten Tränengas gegen die zu diesem Zeitpunkt noch friedlichen Demonstranten an.

Sogavare verließ am 19. September sein Land, um vor der UN-Vollversammlung in New York zu sprechen und sich für die UN-Aufnahme Taiwans, mit dem die Salomonen eine enge Beziehung pflegen, einzusetzen. Am gleichen Tag flog auch Patrick Cole zurück nach Australien. Sogavare will sich in New York auch mit Australiens Premier John Howard treffen, um mit ihm über die angespannte Lage zu sprechen und zu verdeutlichen, dass er trotzdem auf weiterhin gute Bezie-

hungen mit dem Nachbarland hoffe. In New York bot die Regierung Papua-Neuguineas die Dienste zweier renommierter Juristen an – den pensionierten Präsidenten des Obersten Gerichtshofs Sir Arnold Amet und den ehemaligen Generalsekretär des Pacific Forum Noel Levi – um den Untersuchungsausschuss zu unterstützen.

Eine andere Sache belastet die Beziehungen zwischen Australien und den Salomonen zusätzlich. Vor seiner Abreise nach New York überraschte Sogavare, als er den umstrittenen Anwalt Julian Moti, ein persönlicher Freund des Premiers, als neuen Generalstaatsanwalt ernannte. Offiziell wurde die Entscheidung vom Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, Albert Palmer, bekannt gegeben, aber da weitere Erklärungen zu der Entscheidung ausblieben, wurde sie von weiten Teilen der Gesellschaft mit großem Unmut aufgenommen. Der amtierende Generalstaatsanwalt Primo Afeau zeigte sich irritiert über die Entscheidung, sei er bis zum 22. September zum einen nicht offiziell über seine Entlassung informiert worden und zum anderen habe der Premierminister keine Befugnis, einen Anwalt für den Richterstuhl zu ernennen. Hinzu kommt, dass Moti, der sich zu diesem Zeitpunkt gerade in seinem Heimatland Indien aufhielt, einst angeklagt wurde, ein dreizehnjähriges Mädchen in Vanuatu vergewaltigt zu haben. Die Staatsanwaltschaft in Vanuatu ließ die Klage jedoch fallen, nachdem er bestritt, die Tat begangen zu haben und die von dem Mädchen eingeleitete Zivilklage außergerichtlich geregelt wurde. Moti sehe sich als Opfer eines rassistischen Kreuzzuges einer Minderheit weißer Anwälte, die als Vertreter fremder Interessen handeln würden. Moti äußerte sich erfreut über die Nominierung, da sie eine Anerkennung für fünfzehn Jahre juristische Arbeit sei, die er für die Anlie-

gen der indigenen Interessen der Salomon-Insulaner geleistet hätte. Laut Afeau sei es jedoch unlogisch, jemanden auf eine höhere Position zu befördern, der wegen Amtsmissbrauchs aus seinem Amt entlassen wurde. Der Anwaltschaftsverband der Salomonen reagierte mit Entrüstung, sei doch ein öffentliches Bewerbungsverfahren für Transparenz und gute Regierungsführung notwendig und ermögliche es auch lokalen Anwärtern, den Posten zu erlangen – eine Meinung, die auch aus dem Auswärtigen Amt in Canberra zu vernehmen war. Zudem gäbe es keinen Grund, Primo Afeau zu entlassen, da er gute Arbeit geleistet hätte. Zudem könne es zu einem Interessenkonflikt kommen, so Oppositionsführer Fred Fono, da Moti eine Anwaltskanzlei in Honiara besitzt, welche die beiden inhaftierten Parlamentarier Ne'e und Dausabea vertritt. Moti ist seit 1994 wegen angeblicher politischer Verwicklungen aus den Salomonen verbannt. Australien gab nun bekannt, dass sie Moti verhaften werde, würde er versuchen, über Australien nach Honiara zu gelangen. Bis auf Weiteres bleibt Primo Afeau Generalstaatsanwalt.

Mittlerweile regen sich in der Opposition große Proteste gegen das Vorgehen des erst nach den Unruhen im Frühjahr vereidigten Premierministers. Oppositionsführer Fred Fono gab daher bekannt, dass er einen Misstrauensantrag gestellt habe, der bei der nächsten Parlamentssitzung Anfang Oktober gute Aussichten auf Erfolg habe. Fono beschreibt Sogavares kürzlich getroffene Entscheidungen als diktatorisch. Zudem bedeute eine weitere Abkühlung des Verhältnisses zwischen Australien und den Salomonen für letztere eine Gefahr, die Unterstützung durch Entwicklungshilfe (223 Mio. \$ für 2006 und 2007) zu verlieren, was eine Destabilisierung des Haushalts nach sich zöge,

so Fono. Durch die instabile politische Lage kann es in den nächsten Wochen erneut zu Unruhen in Honiara kommen. Die Polizei des Landes erklärte hierzu, dass sie auf mögliche Unruhen vorbereitet sei. (*Radio Australia – Pacific Beat* 25.07.06, 01.09.06, 12.09.06, 13.09.06, 14.09.06; *Solomon Star* 11.09.06, 15.09.06, 21.09.06, 24.09.06, 25.09.06; [www.sibconline.com.sb](http://www.sibconline.com.sb) 3 x 21.09.06; [www.abc.net.au](http://www.abc.net.au) 18.09.06, 19.09.06; [www.southpacific.org](http://www.southpacific.org) 17.09.06; *The Australian* 14.09.06)

### **Homosexuelle Besucher in Fidschi willkommen**

**Fidschi:** Fidschis High Commission in Neuseeland gab bekannt, dass Homosexuelle in Fidschi nicht länger für die Praxis von gleichgeschlechtlichem Sexualverkehr verhaftet werden können. Nachdem Organisationen Homosexueller monatelang in Neuseeland darüber spekuliert hatten, ob Homosexuelle bei einem Besuch Fidschis juristisch verfolgt werden könnten, herrscht nun endlich Gewissheit. Laut Behördenangaben sei es auch Menschen mit HIV/AIDS gestattet, Fidschi zu betreten, eine Frage, die ebenfalls ungeklärt im Raum stand. Die Zusicherung wurde in Neuseeland sehr positiv aufgenommen. Dies sei ein großer Schritt für die Anerkennung der Rechte Homosexueller, ebenso für die AIDS-Aufklärung, so die Direktorin der NZ AIDS Foundation, Rachael Le Mesurier. Weiter erklärt sie, dass die Kriminalisierung Homosexueller nur dazu führen würde, sexuelle Handlungen in den Untergrund zu verbannen und damit die dringend nötige AIDS-Aufklärungsarbeit fast unmöglich zu machen. Die Diskussion über die strafrechtliche Verfolgung Homosexueller entbrannte vor einigen Monaten, als Veranstalter eines „Gay Film Festivals“ in Neuseeland als Preis eine Reise nach Fidschi verschenkten. Ob die Gewinner des Preises die Reise angetre-

ten haben, ist nicht bekannt. (*PIR* 13.07.06)

### **Vanuatu ist „glücklichster Platz auf Erden“**

**Vanuatu:** Laut dem „Happy Planet Index“, erstellt von der Stiftung New Economics Foundation (NEF) in Zusammenarbeit mit der Umweltschutzorganisation Friends of the Earth („Freunde der Erde“), ist Vanuatu mit seinen knapp über 200.000 Einwohnern „der glücklichste Platz auf Erden“. Die Studie wurde auf der Grundlage von Daten zu Lebenserwartung, Lebenszufriedenheit und Umweltbelastung erstellt. Daher rangieren Länder, von denen man kaum eine solche Platzierung erwartet hätte, an oberster Stelle, wie beispielsweise Kolumbien auf Platz 2. Russland findet sich fast am Ende der Liste, wohingegen Deutschland auf Platz 81 noch deutlich vor den meisten anderen Industrieländern liegt. Laut Angaben eines Journalisten in Vanuatu sei es zu diesem Ergebnis gekommen, weil die Menschen in Vanuatu mit wenig zufrieden seien. Es gäbe keine konsumorientierte Gesellschaft, vielmehr drehe sich das Leben um die Familie und Gemeinschaft und das Gute, das man anderen Menschen tun wolle. „It's a place where you don't worry too much.“ Lediglich vor Erdbeben und Wirbelstürmen habe man Angst. (*The Guardian* 12.07.06; *Tahitipresse* 12.07.06; [www.happyplanetindex.org](http://www.happyplanetindex.org))

### **Proteste gegen Goro-Nickel-Mine**

**Neukaledonien:** Erneut flammten Proteste in Neukaledonien auf, die sich gegen die Betreiber der Goro-Nickel-Mine richteten. Mehrere zivilgesellschaftliche Gruppen, darunter die indigene Organisation *Kanak Rheebeu Nuu* warfen der Firma vor, dass das 2-Milliarden-US-Dollar-Projekt nicht den Anfor-

derungen zum Schutz der Umwelt entspräche. Bereits im April kam es zu heftigen Protesten, bei denen Minenausstattung im Wert von 10 Mio. US-\$ zerstört wurde und die Konstruktionsarbeiten ins Stocken gerieten. Dies ist nun der dritte Versuch, die Mine in Betrieb zu nehmen, nachdem das Projekt bereits 2002 auf Eis gelegt wurde. Anfang August wurden die ersten Module geliefert, jedoch werden insgesamt noch etwa 18 Schiffsladungen erwartet. Um den Einfluss der Mine auf Mensch und Umwelt nochmals zu untersuchen, traf erneut eine Gruppe französischer Wissenschaftler in Neukaledonien ein. Ihre Studie soll Ende des Jahres fertig gestellt sein. Bis dahin werden die Konstruktionsarbeiten jedoch weitergehen. Für Ende September hat *Kanak Rheebeu Nuu* wieder Protestaktionen angekündigt.

Die Mine ist das größte Projekt in der Region bei dem momentan etwa 2.000 Arbeiter angestellt sind, viele von ihnen Filipinos. Anfang des Jahres wurde der Betreiberfirma Goro Nickel S.A. – einer Tochterfirma des kanadischen Bergbaugiganten Inco of Canada – die Lizenz für die Anlage entzogen. Trotzdem soll ab dem Spätsommer 2007 Nickel und Kobalt gefördert werden. (RNZI 19.07.06, 04.08.06, 06.08.06, 17.08.06; Radio Australia – Pacific Beat 20.09.06)

## MIKRONESIEN

### Rettung nach neun Monaten

**Marshall-Inseln:** Wie durch ein Wunder überlebten drei mexikanische Fischer eine neunmonatige Irrfahrt im Pazifik. Sie wurden Mitte August von einem taiwanesischen Tunfischfangboot zwischen Tarawa, Kiribati und Majuro aufgegriffen. Die drei Männer stammen von Mexikos Westküste und sind an die 8.000 km westwärts in den

Pazifik getrieben, nachdem an ihrem Acht-Meter-Boot Motorprobleme auftraten. Sie ernährten sich von Fischen, Vögeln und aufgefangenem Regenwasser. Ein Fischer soll bei dem Trip aus Verzweiflung über Bord gegangen sein. Die Männer reisten Ende August nach Mexiko zurück. (RNZI 16.08.06; Tahitipresse 16.08.06)

### Katastrophale Verhältnisse auf Ebeye

**Marshall-Inseln:** Die Regierung der Marshall-Inseln stellt für die Reparatur der Wasser- und Stromanlagen auf Ebeye 1 Mio. US-\$ zur Verfügung. Ebeye ist die am dichtesten besiedelte Insel des Kwajalein-Atolls und gilt als sog. „Slum des Pazifiks“. Die 360.000-m<sup>2</sup>-Insel wird von 12.000 Menschen bewohnt, etwa 1.400 davon arbeiten auf der Ronald Reagan Test Site auf Kwajalein, auf der US-amerikanische Abwehr raketen getestet werden. Viele der Bewohner sind Flüchtlinge oder Nachkommen von Flüchtlingen des Bikini-Atoll, wo die Amerikaner in den 40ern und 50ern Atomtests durchführten.

Die Zustände auf Ebeye seien laut dem Bürgermeister Ebeyes, Jonny Lemari, „unerträglich“. Seit Monaten würde nur einer der sieben Generatoren auf der Insel funktionieren, sodass die Hälfte der Insel ohne Strom sei. Lediglich zwei der drei Umkehrosmoseanlagen zur Aufbereitung von frischem Wasser seien in Takt. Die 1 Mio. Dollar stammen aus einem 5,3-Mio.-US-\$-Fonds mit Geldern aus den USA. Das Geld sammelte sich in den letzten Jahren aufgrund von andauernden Streitigkeiten zwischen der nationalen Regierung und Landbesitzern in Kwajalein über den Langzeitgebrauch des Atolls durch die US-Regierung an. (Marianas Variety 21.07.06, 01.08.06)

## POLYNESIEN

### Trauer um Monarchen

**Tonga:** In Tonga hatten die Menschen in den letzten Monaten gleich zwei beliebte Monarchen zu betrauern. Bereits Anfang Juni war man im Königreich Tonga schockiert über den Tod von Prinz Tuipelehaka, ältester Sohn des Bruders des Königs von Tonga und Enkel der verstorbenen Königin Salote, sowie seiner Frau Prinzessin Kaimana und ihres Fahrers Vinisia Hefa. Sie kamen am 5. Juli bei einem Autounfall in Menlo Park, etwa 50 km südlich von San Francisco, ums Leben. Für den Tod der drei Menschen soll die 18-jährige US-Amerikanerin Edith Delgado verantwortlich sein, die das Auto der Royals bei einem Überholvorgang mit überhöhter Geschwindigkeit auf der Fahrerseite berührt haben soll, sodass sich dieses daraufhin mehrmals überschlug. Für sie wurde eine Kautions von 3 Mio. US-\$ veranschlagt und sie sieht nun einer Gefängnisstrafe von bis zu acht Jahren entgegen. Nach dem Tod des royalen Paares kursierten in Tonga Gerüchte, dass der Unfall politische Hintergründe haben könnte, da sich der mit den Untersuchungen des Unfalls beauftragte Polizeiinspekteur das Leben genommen haben und ein verdächtiges anderes Auto in den Unfall verwickelt gewesen sein soll. Genaueres konnte bislang jedoch nicht ermittelt werden.

Prinz Tuipelehaka war aus politischen Gründen in den USA, um dort mit mehreren tonganischen Gruppen zu sprechen. Im Auftrag des National Committee for Political Reform (NCPR), dessen Vorsitz er innehatte, war er dabei, abschließende Gespräche mit Tonganern in Übersee zu führen (zuvor bereits in Neuseeland und Australien). Diese sog. „Talanoa-Treffen“ began-

nen im Januar dieses Jahres. Die Gespräche in den USA wurden von anderen Mitgliedern des NCPR weitergeführt. Ihr abschließender Bericht soll Ende September dem Parlament vorgelegt werden. Talanoa bezeichnet informelle Treffen im Auftrag des NCPR mit Tonganern in Tonga und Übersee, um deren Hoffnungen und Bestrebungen hinsichtlich einer Demokratisierung Tongas zu erörtern. In den „Talanoa-Treffen“ können die Menschen ihre eigenen Stimmen erheben, um soziale, politische und ökonomische Belange Tongas vorzubringen – im Gegensatz zu den herkömmlichen Treffen lokaler Häuptlinge und Beamter (*fono*), auf denen über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden wird. Laut Tuipelehaka könne die Gesellschaft nur durch den Dialog zwischen den tonganischen Bürgern und der Regierung zusammen gehalten werden. Ziel sollte sein, dass die Staatsgewalt des tonganischen Königs auf sein Volk gemäß eines demokratischen Systems übergeht, sodass das Parlament den Willen des Volkes widerspiegelt und nicht länger nur Ratschläge und Einwände an die gesetzgebende Aristokratie weitergibt. Tonga soll eine konstitutionelle Monarchie bleiben, in der der König lediglich eine beratende Rolle einnehmen soll, ähnlich dem System in Großbritannien. Sein demokratisches Engagement wurde vom tonganischen Parlament und dem Königshaus akzeptiert und unterstützt. Die Reformarbeit wird nach dem Tod des Prinzen mit Einwilligung der Regierung weitergeführt. Das Land stünde unter Schock, so Tongas Premierminister Dr. Feleti Sevele, der im März von König Tupou IV. als erster Bürgerlicher zum Premierminister ernannt wurde. Neuseelands Außenminister Winston Peters beschrieb die Todesfälle als Tragödie und lobte die Reformpläne des Prinzen.

Prinz Tuipelehaka und seine Frau, die einen Master-of-Arts-Abschluss in Außenpolitik von der National University of Australia verliehen bekam, engagierten sich seit längerem für ihr Volk. Prinz Tuipelehaka wurde durch sein solidarisches Eintreten für die sozialen und demokratischen Belange der Tonganer von diesen auch als „Prinz des Volkes“ verehrt. Er wurde mit seiner Frau am 21. Juli in Lapaha, der Ruhestätte für die erste Königsdynastie der Tu'i Tonga, beigesetzt. Zwar wehten die Flaggen am Begräbnis auf Halbmast, aber ein Staatsbegräbnis mit öffentlichem Feiertag und *tapu*, also beispielsweise der Schließung der Nachtclubs, gab es nicht. Der jüngere Bruder des Prinzen, Viliami Tupoulahi Mailefihi Tuku'aho (49 Jahre), bekam am 21. Juli den Titel „Tuipelehaka“ seines älteren Bruders zugesprochen. Das verstorben Königspaar war kinderlos.

Nur wenige Wochen später hatte Tonga mit seinen etwa 170 Inseln und 108.000 Einwohnern einen weiteren Todesfall im Königshaus zu beklagen. Der beliebte tonganische König Taufa'ahau Tupou IV., der bereits aus gesundheitlichen Gründen nicht am Begräbnis seines Neffen teilnehmen konnte, starb am 11. September (Tonga-Zeit) im Alter von 88 Jahren im Beisein der königlichen Familie, u.a. seiner Frau, Königin Halaevalu Mataaho, nach längerer Herz-, Leber- und Nierenkrankheit in einem Krankenhaus in Auckland, Neuseeland. Am nächsten Tag wurde eine einmonatige Staats Trauer bis zum 17. Oktober von Premier Sevele bekannt gegeben, wobei die königliche Familie eine Trauerzeit von einem halben Jahr in Betracht zieht. Erst danach wird der 58-jährige Sohn des verstorbenen Königs, Tupouto'a, zum neuen tonganischen König gekrönt. Dieser wurde bereits einen Tag nach dem Tod seines Vaters als

neuer monarchischer Herrscher des Königreichs vereidigt.

König Tupou IV. war mit seinen 41 Dienstjahren der viertlängste diensthabende Monarch der Welt. Er übernahm die Thronfolge von seiner Mutter Queen Salote und begann gleich nach seiner Machtübernahme mit der Modernisierung von Tongas Bildungssystem und Infrastruktur. Er schickte die tonganische Jugend an die von ihm mitbegründete Universität des Südpazifik (USP) in Suva, Fidschi, oder zum Arbeiten ins Ausland, war er selbst doch der erste Mensch in Tonga mit einem Hochschulabschluss. Darüber hinaus erlangte er „globalen Ruhm“ als schwergewichtigster Monarch der Welt (209,5 kg bei 1,95 m Körpergröße), wobei er jedoch in den 90ern sein Gewicht aufgrund von Herzproblemen um ein Drittel reduzierte. Während seiner Amtszeit hatte er den Respekt der Tonganer, die ihren König liebten, und der Staatsoberhäupter im Pazifik. Der „Philosopher King“ schockte die Welt während des Kalten Kriegs, als er freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion aufbaute und träumte von einem selbst ernährenden pazifischen Staat. Letztendlich sieht sich die tonganische Regierung jedoch mit staatlichem Bankrott, hoher landesweiter Arbeitslosigkeit und der starken Abhängigkeit von Zahlung im Ausland lebender Tonganer konfrontiert. Nach seinem Tod erklingen deutliche Rufe nach mehr Demokratie und sozialen Reformen im Land. Diesen muss sich nun sein Nachfolger, König George (Siaosi) Tupou V. stellen. Davor habe er jedoch keine Angst, so erklärte dieser. Er habe bereits in den 90er Jahren seine Bereitschaft für demokratische Reformen gezeigt. Kritik erntete er bereits von vielen Seiten sowohl aufgrund seines „Jet-Set-Lebens“, seiner mondänen Lebensweise mit Villa im Medici-Stil und luxuriösen Fahrzeugen

und seines exzentrischen Hangs zu militärischen Uniformen sowie seiner politischen und ökonomischen Projekte. Kurz nach seiner Ernennung wurde jedoch bekannt, dass er seine privaten Wirtschaftsprjekte, wie seine Beteiligung an einer Energiefirma, einer Fluggesellschaft, einer Mobiltelefonfirma und einer Brauerei fallen lassen werde. Als neuer Kronprinz wurde der jüngste Sohn des verstorbenen Königs, der ehemalige Premierminister Tongas, Ulukalala Lava Ata (47 Jahre), von König Tupou V. ernannt, da er selbst Junggeselle und kinderlos ist.

König Tupou IV. wurde in den königlichen Gräbern in Mala'e Kula, dem Begräbnisplatz der Tu'i-Kanokupolu-Dynastie, beigesetzt. Dem Begräbnis wohnten viele Vertreter pazifischer Inselstaaten bei, wie etwa Neuseelands Premierministerin Helen Clark, der neue Maori-König, die Generalgouverneure Neuseelands und Australiens, Japans Kronprinz Naruhito, der Kulturminister von Französisch-Polynesien, eine große Delegation des benachbarten Fidschi, u.a. mit Premier Qarase und Vizepräsident Ratu Joni Madraiwiwi sowie einige fidschianische Minister. Sie wurden begleitet von tausenden Tonganern. *(Radio Australia – Pacific Beat 07.07.06, 18.09.06; Matangi Tonga 08.07.06, 2 x 10.07.06, 2 x 11.07.06, 17.07.06, 18.07.06, 01.08.06, 11.09.06, 2 x 13.09.06, 2 x 27.09.06; RNZI 07.07.06, 19.07.06; BBC News 07.07.06, 11.09.06, 19.09.06; ABC 11.09.06, 12.09.06; NZ Herald, 12.09.06; SZ 12.09.06; Oceania Flash 15.09.06; Tonga USA Today 12.09.06; private Berichte aus Tonga)*

### **Regierung benennt Straße um und errichtet Denkmal für Atomtestopfer**

**Französisch-Polynesien:** Die nach dem ersten französischen Gouverneur in Tahiti in den 1840er Jahren benannte Allee „Avenue Bruat“ im Zentrum von Papeete wurde Ende Juni von

der Regierung Französisch-Polynesiens in „Avenue Pouvanaa a Oopa“ umbenannt. Pouvanaa a Oopa (1895-1977) gründete nach dem zweiten Weltkrieg die tahitische Unabhängigkeitsbewegung und war danach jahrelang politischer Gefangener in Frankreich. Die Regierung von Präsident Temaru kündigte an, dies sei nur der erste Schritt in einem langen Prozess der „Namensentkolonisierung“, denn die meisten Straßen in Papeete tragen Namen von Kolonialbeamten, französischen Präsidenten oder gar Personen aus der französischen Geschichte ohne jeden Bezug zu Tahiti. Wenige Tage später, am 2. Juli, weihte die Temaru-Regierung zum 40. Jahrestag des ersten Atomtests auf Moruroa ein Denkmal für die Opfer der französischen Atomtests ein. Die französische Hochkommissarin Anne Boquet kritisierte den Straßennamen und das Denkmal als „unfreundliche Akte“ gegen die französische Republik. *(Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quellen: Tahitipresse, TPM)*

### **Beweis für Strahlenschädigung durch Atomtests vorgelegt**

**Französisch-Polynesien:** Mitte August trat Florent de Vathaire, Strahlenexperte des staatlichen französischen Nationalen Institut für Gesundheit und medizinische Forschung (INSERM) mit Ergebnissen einer Langzeitstudie über Schilddrüsenkrebs in Französisch-Polynesien an die Öffentlichkeit. Die Studie zeigt einen Zusammenhang zwischen erhöhten Strahlungswerten und dem gehäuften Auftreten von Schilddrüsenkrebs. In einem Interview sagte Vathaire, man könne es jetzt als erwiesen ansehen, dass die oberirdischen französischen Atomtests der 1960er und 70er Jahre für die Erhöhung der Krebsrate verantwortlich seien. Damit wird

zum ersten Mal von einer staatlichen französischen Stelle die Schädlichkeit der Atomtests bestätigt. Vathaire forderte die umgehende Deklassifizierung aller Gesundheitsakten aus der Zeit der Tests und teilte die Ergebnisse seiner Studie in einem Brief Präsident Temaru mit, der diesen vor der Versammlung Französisch-Polynesiens öffentlich verlas. Nachdem die Opposition versucht hatte, den Forschungsbericht zu diskreditieren, bestätigte Vathaire seine Ergebnisse noch einmal in aller Deutlichkeit. *(Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quelle: Tahitipresse)*

### **Einheimische Sprachen vom Aussterben bedroht**

**Französisch-Polynesien:** Nach einer im Mai veröffentlichte Studie der Organisation *Te Rauti o Te Reo* („Verehrung der Sprache“) sind die einheimischen Sprachen Französisch-Polynesiens in ihrem Bestand akut gefährdet. Nach der Studie sprechen heute weniger als 20 % der Bevölkerung tahitisch oder eine andere polynesisch Sprache. Bei der letzten vergleichbaren Studie von 1975 waren es noch über 80 %. Während die Landesregierung versucht, die einheimischen Sprachen im Zuge einer Reform des Bildungssystems zu fördern, trägt die französische Regierung aktiv zum Sprachverlust bei, denn im März dieses Jahres verbot der französische Staatsrat den Abgeordneten der Versammlung Französisch-Polynesiens die Benutzung polynesischer Sprachen. *(Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quellen: Tahitipresse, TPM)*

### **Kein Kasino auf Rapa Nui**

**Rapa Nui (Osterinsel):** Pläne einer chilenischen Firma, in Partnerschaft mit einem einheimischen Unternehmer ein Kasino auf der Insel zu bauen, sind gescheitert. Die chileni-

sche Aufsichtsbehörde für Glücksspiele verweigerte dem Projekt ihre Zustimmung, da die rechtliche Situation der Insel mit der chilenischen Gesetzgebung für Glücksspiele nicht vereinbar sei. Nicht-Einheimische dürfen auf der Insel kein Land erwerben und Immobilien dürfen für maximal fünf Jahre verpachtet werden. Für Kasinos beläuft nach chilenischem Gesetz dagegen die Mindestlaufzeit fünf Jahre. Als weiterer Grund für die Ablehnung des Projekts wurde die Nichtexistenz einer Einkommenssteuer auf der Insel aufgeführt, sodass die aus dem Glücksspielgeschäft resultierenden Geldbewegungen nicht von den Finanzbehörden überwacht werden könnten. Die Ablehnung des Projekts wurde auf Rapa Nui mit Erleichterung aufgenommen. In den letzten Monaten war es zu zahlreichen Protesten gegen die Kasino-Pläne gekommen, da viele Einheimische die Zerstörung ihrer Kultur durch den aus dem Kasino resultierenden Massentourismus befürchteten. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quelle: [www.iorana.net/noticias.htm](http://www.iorana.net/noticias.htm), Noticias de Rapa Nui,)

## HAWAI'I

### **Kontroverse um Bundesstaats-Feiertag**

Am 18. August kam es vor dem 'Iolani-Palast in der Altstadt von Honolulu zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen rechtsradikalen amerikanischen Siedlern und hawaiischen Unabhängigkeitsaktivisten. Erstere waren mit US-Flaggen vor das historische Gebäude gekommen, um die Erklärung Hawai'is zum US-Bundesstaat vor 47 Jahren zu feiern. Der Gedenktag ist als „Statehood Day“ ein staatlicher Feiertag im US-Bundesstaat Hawai'i, wurde aber seit Jahren von der Bun-

desstaatsregierung nicht mehr offiziell gefeiert, um die Unabhängigkeitsbewegung nicht zu provozieren. Genau dies hatten die rechtsradikalen Kräfte allerdings im Sinn, und ihre von weniger als zwanzig Personen besuchte Veranstaltung rief eine Protestkundgebung von Dutzenden hawaiischer Aktivisten hervor. Aufgrund der Proteste weigerte sich eine von den Feiernden engagierte Musikkapelle zu spielen, und deren Versuche, die US-Nationalhymne ohne Musikbegleitung zu singen, wurden von lautstarker hawaiischer Musik übertönt. Die Protestierenden erklärten, sie hätten grundsätzlich gar nichts gegen die Feier der Amerikaner, doch sei es unakzeptabel dass diese auf dem Palastgelände, dem Sitz der hawaiischen Könige und somit dem Symbol der unabhängigen hawaiischen Nation, einem den Hawaiiern heiligen Ort, stattfindet. Nach zahlreichen Wortgefechten und gegenseitigen Provokationen zogen die Feiernden schließlich ab. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quellen: Augenzeugnis der Veranstaltung; Honolulu Star-Bulletin, Ka Wai Ola)

### **Enkel von US-Präsident Cleveland unterstützt Unabhängigkeitsbewegung**

George Cleveland, der Enkel des von 1893-1897 amtierenden US-Präsidenten S. Grover Cleveland (1837-1908) kam im September nach Hawai'i, um an den Feiern zum 168. Geburtstag von Hawai'is letzter Königin Lili'uokalani teilzunehmen. Sein Großvater hatte seinerzeit versucht, die Unabhängigkeit Hawai'is wiederherzustellen und die Königin wieder einzusetzen, nachdem eine Gruppe US-amerikanischer Siedler mit Hilfe von US-Marinetruppen die hawaiische Regierung im Januar 1893 gestürzt hatte. Auch wenn seine Bemühungen schließlich scheiterten, da sich für seine anti-

imperialistische Politik keine Mehrheit im Kongress fand, wird Präsident Cleveland bis heute von den Hawaiern sehr verehrt. Als im April eine Delegation hawaiischer Aktivisten zu Präsident Clevelands Grab nach Princeton an der US-Ostküste pilgerte, trafen sie seinen Enkel und luden ihn nach Hawai'i ein. Nachdem er mit zahlreichen hawaiischen Intellektuellen und Aktivisten zusammengetroffen war, erklärte er in einer Rede auf den Stufen des 'Iolani-Palasts, er sei tief bewegt von der Verehrung, die sein Großvater in Hawai'i genieße und fühle sich verpflichtet, dessen Lebenswerk fortzusetzen, indem er dabei helfen wolle, seine amerikanischen Landsleute über die Situation in Hawai'i aufzuklären und die Unabhängigkeitsbewegung zu unterstützen. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quelle: Augenzeugnis der Kundgebung)

### **„Akaka Bill“ im US-Senat gescheitert**

Die nach dem hawaiischen Senator im US-Kongress Daniel Akaka benannte Gesetzesvorlage zur Schaffung einer von der US-Regierung anerkannten indigenen hawaiischen Regierung ist am 8. Juni in US Senat gescheitert. Eine von Akaka eingebrachte Resolution, die Gesetzesvorlage zur Abstimmung zu bringen, erhielt zwar eine Mehrheit von 56 zu 41 Stimmen, verfehlte aber die notwendige Zweidrittelmehrheit von 60 Stimmen. Während alle demokratischen Senatoren für die Vorlage stimmten, votierte die Mehrheit der republikanischen Fraktion dagegen. Damit ist der „Akaka Bill“ in seiner bisherigen Form zunächst vom Tisch, könnte aber nächstes Jahr in ähnlicher Form erneut in den Kongress eingebracht werden. Akaka und der andere Senator Hawai'is im US-Kongress, Daniel Inouye, kündigten an, sich weiterhin für die Vorlage einzusetzen. Ziel der Geset-

zesvorlage, die seit sechs Jahren in ständig abgeänderter Form debattiert wurde, war es, die indigenen Hawaier als „indigenes Volk der USA“ mit den amerikanischen Indianern rechtlich gleichzustellen, und eine den Indianerreservaten vergleichbare autonome hawaiische Regierung innerhalb der USA zu schaffen.

Während die Regierung des US-Bundesstaates Hawai'i und mehrere dieser nahestehende hawaiische Ämter und Organisationen die Vorlage unterstützten, wurde sie sowohl von rechtsradikalen Kräften in der republikanischen Partei als auch von zahlreichen hawaiischen Organisationen abgelehnt. Für die rechtsradikalen Amerikaner sind jegliche Zugeständnisse an ethnische Minderheiten unakzeptabel, während die gegen die Vorlage eintretenden hawaiischen Organisationen befürchten, dass durch die Gesetzesvorlage der Anspruch auf eine Wiederherstellung der Unabhängigkeit des seit 1898 von den USA besetzten Landes verwässert würde, und die Hawaier statt dessen nur noch mehr von der US-Regierung abhängig würden, ähnlich wie es den meisten Indianerstämmen ergangen ist. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quellen: Honolulu Advertiser)

## AUSTRALIEN

### **Entwurf zum Asylgesetz fallengelassen**

Mehrere Menschenrechtsorganisationen, wie die Bewegung für ein freies Papua, begrüßten die Entscheidung von Australiens Premierminister John Howard, den Entwurf für ein neues Asylgesetz fallen zu lassen. Jakarta hingegen warnte Howard, dass diese Entscheidung zu einem Tiefpunkt der Beziehun-

gen zwischen den beiden Ländern führen könnte. Noch immer ist Jakarta über die Gewährung von 42 Visa an Flüchtlinge aus Indonesiens Provinz Papua vor einigen Monaten verstimmt. Der Vorfall zog einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen beider Länder und einen zeitweiligen Abzug des indonesischen Botschafters in Australien nach sich. Daher gab es mehrere Stimmen aus dem australischen Parlament, die Howard unterstellten, Indonesien mit dem neuen Gesetzesentwurf besänftigen zu wollen.

Der Entwurf sah vor, dass alle Flüchtlinge, die entweder in den australischen Gewässern, auf einer vorgelagerten Insel oder auf dem Festland aufgegriffen werden, in Gebiete außerhalb Australiens, wie beispielsweise Nauru, transportiert werden. Nauru bekam bereits im Vorfeld von Australien 40 Mio. Dollar angeboten, um die Asylsuchenden aufzunehmen und vor Ort deren Anträge zu behandeln. Selbst wenn ihren Anträgen dort stattgegeben worden wäre, hätte es ihnen verweigert werden können, Asyl in Australien zu suchen. Bislang ist es so, dass die auf dem Wasser oder auf einer vorgelagerten Insel aufgegriffenen Flüchtlinge zwar nach Nauru oder eine andere Insel geschickt werden, nicht aber die auf dem Festland ankommenden. Diese erhalten ein Gerichtsverfahren nach australischem Recht.

Howard zog den Antrag zurück, als sich ein massiver Widerstand in der Regierung formierte und sich selbst seine eigenen Leute gegen ihn verschworen. Nachdem der Entwurf die Mehrheit im Parlament erlangt hatte, wo Howards Partei eine sehr komfortable Mehrheit innehat, wurde der Entwurf vor der Verabschiedung durch den Senat zurückgezogen, wo die Howard-Regierung lediglich einen Sitz mehr hält und bereits

im Vorfeld abzusehen war, dass auch Regierungssenatoren gegen das Gesetz stimmen würden. (BBC News 09.08.06, 10.08.06, 14.08.06; Radio Australia – Asia Pacific 27.06.06, 14.08.06)

### **Australien vergrößert Militär**

Ende August erklärte Premierminister John Howard, dass die 25.000 Mann starken Streitkräfte Australiens zusätzlich zu den im letzten Jahr angekündigten 1.500 Kräften durch weitere 2.600 Soldaten verstärkt werden sollen. Grund seien instabile Verhältnisse in einigen pazifischen Staaten, wie beispielsweise in Osttimor und auf den Salomonen, wo Australien aufgrund von politischen Unruhen in den letzten Monaten Truppen stationierte. Aber auch Papua-Neuguinea sei innenpolitisch nicht gefestigt. Hinzu kämen die Verpflichtungen gegenüber der internationalen Gemeinschaft. Australien hat bereits 1.300 Soldaten in den Irak entsandt und auch in Afghanistan unterstützen australische Truppen die Friedensmission. Des Weiteren kündigte Howard an, die International Deployment Group (IDG) der Australian Federal Police (AFP) in den nächsten zwei Jahren um 400 Mann auf 1.200 aufzustocken, um die Arbeit des Militärs zu ergänzen. IDG-Beamte sind momentan auf den Salomonen, in Osttimor, auf Nauru, in Vanuatu, im Sudan, in Zypern und in Jordanien eingesetzt. Die Erweiterung der Armee von sechs auf acht Bataillone wird Australien in den nächsten 11 Jahren sieben Milliarden US-\$ kosten. Australiens Verteidigungsminister Brendan Nelson rechtfertigte die Entscheidung der Regierung vor allem durch das Sicherheitsversprechen, das sein Land den pazifischen Staaten gegeben habe. Australien habe eine Verantwortung gegenüber seinen pazifischen Nachbarn, deren Interessen und Werte zu schützen. Man

könne es sich nicht erlauben, „failing states“ in der Region zu haben. Keines der Länder dürfe zu Zufluchtsorten für transnationales Verbrechen oder sogar Terrorismus werden, so Nelson weiter. Zu dem regionalen Auftrag Australiens würden auch die Bereitstellung von humanitärer und Katastrophen-Hilfe sowie die Unterstützung der Staaten beim Prozess der Stabilisierung gehören.

In einer Pressemitteilung fordert das Pacific Concerns Resource Centre (PCRC) in Suva Australien dazu auf, lieber mehr in humanitäre Sicherheit als in militärische zu investieren. Die Aufstockung des Militärs sei laut Ema Tagicakibau vom PCRC „an extreme waste of human and financial resources“. Die Menschen im Pazifik würden um ihr Überleben, für sauberes Wasser, Gesundheitsversorgung, die Ausbildung ihrer Kinder und die nachhaltige Verwaltung ihrer natürlichen Ressourcen kämpfen. So sollte eher in dieser Richtung investiert werden. Auch die Regierung von Vanuatu kritisierte die Pläne Australiens. Vorschläge von pazifischen Regierungschefs, Pazifik-Insulaner für die neuen Militärkontingente zu rekrutieren, wurden von den australischen Verteidigungskräften zurückgewiesen. Für den Dienst in der australischen Armee müsse man nach wie vor ein australischer Bürger sein oder permanent in Australien leben. (BBC News 24.08.06, 25.08.06; Radio Australia – Asia Pacific 14.08.06; Radio Australia – Pacific Beat 25.08.06, 28.08.06, 29.08.06; Pressemitteilung Pacific Concerns Resource Centre 01.09.06)

### **Aborigines „neue Besitzer“ von Perth**

Ende September bestätigte ein Gericht dem Volk der Noogar ihren Anspruch auf ein Gebiet von über 6.000 km<sup>2</sup> in West-Australien, auf dem sich auch die Landeshauptstadt Perth be-

findet. Generalstaatsanwalt Philip Ruddock warnte die Einwohner von Perth, dass dies signifikante Auswirkungen auf sie haben könne. So könnte die Öffentlichkeit beispielsweise dran gehindert werden, Parks, Flussufer oder Strände zu betreten. Ein Führer der Noogar versuchte daraufhin, die Ängste der Einwohner zu entkräften. Man habe nicht vor, den Menschen ihre Häuser und Farmen wegzunehmen. Es ginge den Noogar in erster Linie um die Anerkennung ihrer Ansprüche und einen eventuellen Nutzen wie die Errichtung kleiner Geschäfte und die Ausbildung der Leute. Die Landesregierung von West-Australien wurde von Premier John Howard dazu aufgefordert, das Urteil anzufechten. (BBC News 21.09.06; SMH 21.09.06)

### **Uranverkäufe nach Indien?**

Indien legt Australien nahe, seine Politik in Bezug auf den Handel mit Uran zu überdenken. Momentan sind der Regierung in Canberra die Hände gebunden, da Indien den Nichtverbreitungsvertrag nicht unterschrieben hat. Auch die USA sähen ein Umdenken in Canberra gerne. Die USA bereiten ein Gesetz für einen nuklearen Kooperationsvertrag mit Indien vor, das Indien den Status einer rechtmäßigen Nuklearmacht zusichert, auch wenn das Land die Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrags weiterhin ablehnt. Die USA streben damit eine Balance der Machtverhältnisse von China und Indien im asiatischen Raum an. Australien hat bereits Handelsvereinbarungen mit China, einem Unterzeichner des Nichtverbreitungsvertrags, getroffen. Premierminister John Howard erklärte, dass ein Uranverkauf an China, nicht aber an Indien, als abnorm betrachtet werden könne. Laut Aussage von Professor McPherson, einem australi-

schen Spezialisten für Indien, sei die Sache schon fast vom Tisch. Australien bräuchte Indien mehr als Indien Australien, denn von neuen Handelsbeziehungen würde die australische Wirtschaft vielschichtig profitieren. McPherson erklärte weiter, dass er ein besseres Gefühl hätte, Uran nach Indien zu verkaufen, das eine entwickelte Demokratie und geordnete Verhältnisse aufweise, als an China, das politisch wesentlich weniger transparent sei. Südafrika drückte bereits seine Bereitwilligkeit zur Kooperation im Bereich der zivilen Nutzung nuklearer Technik mit Indien aus. Indien bräuchte in diesem Falle Uran von Australien. Australien besitzt etwa ein Viertel der auf der Welt bekannten Uranvorkommen. (Radio Australia – Asia Pacific 25.09.06, 26.09.06)

## **NEUSEELAND**

### **Maori-Queen stirbt nach 40 Jahren Amtszeit**

„A mighty *kauri* (Baum) has fallen“, kommentierte Neuseelands Premierministerin Helen Clark den Verlust von Neuseelands beliebter Maori-Queen Dame Te Atairangikaahu, oder wie sie im Volksmund bekannt war, Dame Te Ata. Sie starb am 15. August nach langem Nierenleiden in der Nähe von Hamilton (Nordinsel) im Alter von 75 Jahren. Als ihr Vater König Koroki 1966 starb, übernahm sie seinen Titel als sechstes Oberhaupt des Waikato-Tainui-Königreiches, das 1858 von den Maori begründet wurde, um die Maori-Stämme zu vereinen und sich gemeinsam gegen weitere Landverluste an europäische Siedler zu wehren. An vielen Plätzen Neuseelands wehten die Fahnen auf Halbmast wie, auf der Harbour Bridge in Auckland.

Die einstige Verkäuferin und Bäuerin wurde als unermüdlische Anwältin ihres Volkes – die Maori machen etwa 15 % der 4,1 Mio. Neuseeländer aus –, ihrer Kultur und ihrer Sprache beschrieben. Sowohl in Neuseeland als auch in Übersee wurde sie als Kulturbotschafterin der Maori mit großem Respekt angesehen und traf mit vielen Diplomaten und königlichen Besuchern zusammen. An ihrer Beerdigung nahmen u.a. Fidschis Vizepräsident Ratu Jone Madraiwiwi, Prinzessin Salote Mafile'o Pilolevu von Tonga, Sir Frederick Goodwin als Repräsentant der Cook-Inseln, der Präsident von Französisch-Polynesien, Oskar Temaru, Tupua Tamasese Efi, der frühere Premierminister Samomas, Niues Premier Young Vivian, und ein Repräsentant von Hawaii teil.

Der Leichnam von Dame Te Ata wurde in einem Kanu auf dem Waikato-Fluss ins Taupiri-Gebirge gebracht, der traditionellen Grabstätte der Maori-Könige. Von den Maori-Stämmen (*iwi*) wurde ihr ältester Sohn Tuheitia Paki als Nachfolger bestimmt. Der 51-Jährige Familienvater ist an der Victoria-Universität Wellington als Kulturberater beschäftigt. (*Radio Australia – Pacific Beat* 16.08.06; *NZ Herald* 16.08.06; *BBC News* 16.08.06; *ABC Online* 16.08.06; *RNZI* 20.08.06; *Oceania Flash* 18.08.06; *Spiegel Online* 21.08.06)

### **Maori erhält Spitzenjob bei den UN**

Tumu te Heuheu, höchster Titelträger der Ngati Tuwharetoa (Maori-Stamm), wurde im Juli zum Vorsitzenden des Welterbe-Komitees der UNESCO ernannt. Seit 2003 arbeitete te Heuheu im Komitee und war dafür verantwortlich, dass der Tongariro-Nationalpark als erster neuseeländischer Besitz in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen wurde. Premierministerin Helen Clark sieht

in der Ernennung einen „bedeutenden Erfolg“ und der Minister für Maori-Angelegenheiten Parekura Horomia nannte es einen Meilenstein für die Maori. (*Tahitipresse* 17.07.06; *English People's Daily Online* 17.07.06)

## **„TOK BLONG PASIFIK“ PAZIFISCHER ALLTAG**

### **„Crocodile Hunter“ stirbt auf tragische Weise**

**Australien:** Mehr als 5.000 Menschen nahmen am Trauergottesdienst zu Ehren des verstorbenen australischen Tierfilmers und Abenteurers Steve Irwin teil, darunter auch Hollywood-Schauspieler Russell Crowe und Cameron Diaz. Der beliebte 44-Jährige kam am 4. September auf tragische Weise – oder wie Premier John Howard sich ausdrückte, unter typisch australischen Umständen – während der Dreharbeiten für die TV-Doku-Serie „Ocean's Deadliest“ ums Leben, als er einen Stachelrochen aus der Nähe filmte. Dieser fühlte sich offenbar bedroht und stach Irwin mit seinem giftigen Stachel mitten ins Herz, sodass dieser augenblicklich verstarb. So etwas geschehe laut Expertenangaben äußerst selten. Einige Tage nach dem tragischen Unfall wurden an Australiens Küsten 10 tote Stachelrochen mit abgeschnittenen Stacheln gefunden. Zwar ist unklar, ob es sich um einen Racheakt einiger Fans handelte, aber die Familie des Verstorbenen mahnte dazu, dass dies das letzte sei, was Irwin gewollt hätte. Die Landesregierung von Queensland bot der Familie Irwins an, dem beliebten Australier ein Staatsbegräbnis zu gewähren. Dies wurde jedoch von Irwins Vater abgelehnt sei sein Sohn doch laut eigener Aussage ein „ordinary bloke“ gewesen. (*BBC News* 04.09.06, 05.09.06, 12.09.06, 20.09.06)

### **Tangaroa erreicht Tahiti**

**Tuamotu-Archipel/Tahiti:** Am 7. Juli trifft das Tangaroa-Floß mit seiner norwegischen Crew auf dem Tuamotu-Archipel und einige Tage später mit einem Umweg über Raiatea in Tahiti ein. Das Floß startete am 28. April in Peru. Wie bereits 1947 Thor Heyerdahl mit seiner „Kon Tiki“, so wollte auch sein Enkel Olav Heyerdahl beweisen, dass es möglich war und ist, mit einem Floß aus organischem Material von Südamerika über den Pazifik nach Polynesien zu reisen. Für die Überfahrt benötigte Thor Heyerdahl damals 101 Tage, sein Enkel nur 71. Mittlerweile ist die Tangaroa wieder in Norwegen und soll dort in einem Museum ausgestellt werden. (*Tahitipresse* 31.07.06, 06.09.06; *RNZI* 11.07.06)

### **Impressum:**

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Katja Göbel  
Kirchliche Nachrichten: Pfr. Thomas Paulsteiner

„Pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 750 605 51 bei der ACREDOBANK eG in Nürnberg

#### **Quellen:**

• epd • Jakarta Post • National • National Geographic • Oceania Flash /Flash d'Océanie • Pacific Beat • Pacific Islands Report (PIR) • Pacific Magazine • Pacific News Bulletin (PNB) • Pacific Nius • Post Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International (RNZI) • New Zealand • Sydney Morning Herald (SMH) • Tahitipresse • taz • The Lutheran • Wanok •

#### **Herausgeber:**

**Pazifik**  
INFORMATIONSTELLE



Missionswerk  
„Tok Blong“ Luth. Kirche  
in Ozeanien

Hauptstraße 2 • 91564 Neundorfseeau  
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120